

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis bei Haus monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugsstelle: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berdenstraße 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Einzelheft: 15 Pf. für den von Halle und Spalte: 1 Pf. im Viertel. Postamt: Kreisamt des Gaukreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfachnummer: Leipzig 20471 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berdenstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 16. April 1931

11. Jahrgang Nr. 88

Bauarbeiterstreik geht weiter!

Im ganzen Reich erbitterter Kampf gegen den Lohnraub — Immer neue Streiks brechen aus — Bauarbeiter, bringt die Welle des Lohnraubs zum Stehen! — Kämpft unter Führung der RGD gegen den sozialfaschistischen Verrat!

Halle, den 16. April.

Nach einer amtlichen RTB-Mitteilung stehen in der ganzen Provinz Sachsen und in Anhalt nach wie vor die Bauarbeiter geschlossen im Streik. Immer neue Orte kommen hinzu, wo die Bauproleten den Kampf aufnehmen, wenn die Unternehmer eine Lohnführung durchzuführen wollen. So wird uns aus Eisenberg heute berichtet, daß die Firma Köhne den Lohn auf 88 Pfennig ab 11. April herabsetzen wollte. Die Kollegen legten darauf sofort die Arbeit nieder.

Roter Sieg bei den Klein-Angestellten!

(Eig. Meld.) Berlin, 16. April.

Bei den diesjährigen Wahlen zum Angestelltenrat im riesigen Berliner Druckereibetrieb der Firma Witten hatte die oppositionelle Kollegenschaft das erste Mal im Betrieb eine rote Liste aufgestellt. Die Rote Einheitsliste erhielt 794 Stimmen, die JdW-Liste nur 624 Stimmen. Es fand somit von der Roten Einheitsliste 7, von der SPD-Liste 6 Angestelltenräte gewählt worden.

Die Bürokraten der JdW hatten alles versucht, um in diesem Betrieb einen Einheitsrat zu schaffen und hatten sogar Leute auf ihrer Angestelltenliste, die sonst in der „Morgenpost“ und den übrigen Wittenzeitungen die Politik Witten vertreten. Der Ausgang der Wahl zeigt aber, daß die Angestellten der gewöhnlichen Arbeiter immer stärker erkennen, daß sie sich für listenbewußte Gewerkschaftspolitik entscheiden müssen, wenn sie ihre Interessen wahren wollen.

Riesenprofite für die Giftgaskönige

Hungerlöhne für die Arbeiter — Cure Antwort, Chemieproleten: organisiert den Streik!

Halle, den 16. April.

In der „Berliner Morgenzeitung“ Nr. 171 vom Dienstag, dem 14. April, wird die Bilanz der Wessl.-Anhaltischen Sprengstoffwerke AG, Berlin, zu der auch das große Sprengstoffwerk Wajag in Reinsdorf b. Wittenberg gehört, veröffentlicht.

Der Fabrikationsgewinn ist von 3.803.475 Mark im Jahre 1928 und 4.228.947 Mark im Jahre 1929 auf 4.597.402 Mark im Jahre 1930 gestiegen.

Die Abschreibungen betragen allein 912.000 Mark, während der Reingewinn in diesem Jahre 1.198.973 Mark beträgt. Wie die Verwaltungen mitteilt, soll auch in diesem Jahre wieder eine Dividende von 12 Prozent wie im Vorjahre verteilt werden.

Diese Bilanz läßt deutlich erkennen, daß das Zusammenbrechen der Giftgaskönige über die Notlage und mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Chemie nur ein einder Bluff ist. Wenn in der Zeit der schärfsten Krise bei täglichen Zusammenbrüchen und Konkursen industrieller Unternehmungen und Banken solche Riesendividenden ausgetarnt werden können, dann geht es den Chemieproleten nicht schlecht. Auf weisen Köfen diese Profite gemacht werden, geht aus einem weiteren

Satz aus dem Bericht hervor: „Die Fabriken blieben glücklicherweise im Berichtsjahr von Explosionen und größeren Unfällen verschont. Leider erfolgte am 18. März d. J. in einer Dynamit-Patronenbude der Fabrik Reinsdorf beim Auswechseln eines Hülfstropfes eine Explosion, wodurch ein alter bewährter Hilfsmeister und drei tüchtige langjährige Arbeiter getötet wurden.“

Aus Dreck und Blut Gold, das ist die Devise der Chemieproleten.

Die Chemieproleten können sich den zum Leben notwendigen Lohn nur im Streik holen. Unwillig wird diese Ausbeuter-gesellschaft keinen Pfennig rausrücken. Da neben dieser Dividende auch der J.G.-Farbetrust eine solche in gleicher Höhe zu verteilen beabsichtigt, müssen die Arbeiter unter Führung der RGD mit aller Kraft alle Maßnahmen zur Vorbereitung des Streiks treffen, um den beabsichtigten und schon in einer ganzen Reihe von Chemiebezirken durchgeführten Lohnraub zu verhindern.

Es gilt es am 1. Mai den politischen Massenstreik in den Chemiehöfen mit ganzer Kraft durch die Maitampfkomitees zu organisieren — ganz gleich, wie die Abstimmungen ausfallen, die die tariffreie Gewerkschaftsbürokratie organisiert.

Rote Tage der RGD

Von Franz Dahlem

In allen Betrieben und Stempelstellen Deutschlands steht in diesen Wochen und Monaten die Aufgabe der Durchführung des Sturmplanes der RGD. In der Zeit vom 15. April bis 1. Mai finden 10.000 RGD-Veranstaltungen im ganzen Reich statt, die die Offensive der RGD unter den Arbeitermassen mit neuer Initiative vorantreiben werden.

Wir ziehen unbegrenzten Willen gegen die Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten in Betrieb und Stempelstelle dazu über, den Widerstand und die Gegenoffensive gegen den Abbau der Löhne und der Unterhaltungen zu organisieren und eine neue starke Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Heute bereits ist es unbefriedigt — und die Klassengegner muß es zahnlos zurückgehen — daß nur die revolutionäre Gewerkschaftspropaganda die Kraft ist, die die Arbeiter in den Kampf für ihre Forderungen führt und immer mehr ihre Herzen und Hirne erobert. Immer größere Massen sehen es mit eigenen Augen, daß an der Spitze der „freien“ Gewerkschaften eine Hand von Streikführern organisiert, die mit den Dragnen des Klassenstaates und dem Unternehmertum in einer taumelnden Verführung gegen die Interessen des Proletariats steht.

Es gibt fast keinen Tag, der nicht Beispiele des offenen Streikbruchs von Seiten der Gewerkschaftsführer und von schamlosem Demagogentum sozialdemokratischer Betriebsräte gegen ehrliche revolutionäre Arbeiter bringt. Jetzt haben sie den Kampf der Bauarbeiter in Berlin erdolcht und hier hat sich der Bauergewerksbund offen in eine Art faschistischer Unternehmerrichtung verwandelt. Jetzt bereiten sie sich vor, die Metallarbeiter von Nordwest und die Bergarbeiter ganz Deutschlands auf Grund ge-

Mobilisiert zum Massenstreik am 1. Mai!

Bildet sofort Maitampfkomitees, laßt Betriebsbevollmächtigte.

heimlicher Vereinbarungen mit der Regierung durch Streikbruch und bewaffnete Gewalt den Schwerindustriellen aus Wegler zu liefern, mit dem kargem Ziel, das Lohnniveau der gelamten deutschen Arbeiterklasse mit einem Schlag um 30 bis 40 Prozent zu senken. Jetzt wird die heimtückische Lieferumstellung der Ernte erschaffen, aus deren Hungerpennissen allein man eine halbe Milliarde Mark durch Kürzung zusammenrauben will, und ein neuer ungeheurer Anschlag auf die fargen Bezüge der Invaliden, Unfall- und Kriegserntner vorbereitet.

Alle demagogischen Mäander, alles Geschwätz der sozialdemokratischen und christlichen Führer täuscht immer weniger die weckfähigen Massen darüber hinweg, daß sie es in der sozialdemokratie und im Zentrum mit einem Teil der Front des Klassenfeindes zu tun haben, der besonders hinterhältig und gemein die Interessen der untergehenden Bourgeoisie vertritt und der Schrittmacher und Kumpan des Faschismus ist.

Weshalb die Massen ihre Klassenlage immer stärker erkennen, weil die Taktiken ihnen zeigen, wer Freund der Kapitalisten und Feind der Arbeiter ist — deswegen ist jetzt im historischen Tempo die große Wendung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein.

Die RGD entwickelt sich zur umfassenden gewerkschaftlichen Einheitsorganisation des deutschen Proletariats, die heute schon hunderttausende Anhänger hat, die in der Vergangenheit zu einer Millionenorganisation werden muß. Es sind erst dreizehn Jahre her, seitdem auf dem 8. Weltkongress der Roten Gewerkschaftsinternationale jene bedeutsamen Beschlüsse über die Herausbildung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland gefaßt wurden. Bereits markiert die RGD an der Spitze von Streiks um Lohn und Brot, die sie selbstständig organisiert; sie ist unbefriedigt die Führerin auf den Stempelstellen und heute ist eine mächtige Erwerbslosenorganisation auf. Die RGD legt ihren Siegeszug in den Betrieben fort, wie das die Betriebsräteverhältnisse zeigen. Es gibt auf diesem Wege noch viele Schwächen und Mängel, an manchen Stellen auch noch vorübergehende Rückschläge. Aber die ganze Front geht unaufhaltsam, unhaltbar vorwärts.

„Fazitfähige“ Organisationen wie die Fichtl-Wundersehen werden auf dem Wege der RGD zurückgeworfen. In den entscheidenden Industriegebieten hat die RGD die christlichen Gewerkschaften bereits überholt. An strategisch wichtigen Punkten — Betrieben und Industrien — nähern wir uns dem Tage, wo wir die refo-

Deutsche Arbeiter stehen im Kampfe gegen die kapitalistische Hungeroffensive!

Der Vormarsch an der Front des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion. — Darüber sprechen morgen, 20 Uhr, in Halle Fritz Heckert, M. d. R., Berlin, Willy Dolgner, Halle, und zwei soeben aus der Sowjetunion zurückgekehrte Hallische Bauarbeiter. Folgt dem Rufe der RGD.

Heraus zu den morgigen Massenversammlungen im „Wintergarten“ und im „Gesellschaftshaus“

mittlichen Verbände in die Minderheit drücken werden. Wie bei den Parlamentswahlen die Grundmassen des Industrieproletariats zur SPD fliehen, so kommt unaußhaltig auch der Durchbruch der gemäßigten organisierten Arbeiter zur SPD. Selbst die Arbeiter auf Grund der praktischen Taten der SPD das volle Vertrauen gewonnen haben, daß sie auch die Kämpfe um ihre materiellen Interessen führen kann und daß es ihr mit dem Aufbau einer neuen revolutionären Gewerkschaftsbewegung ernst ist, wird dieser Ehrdruck einsehen.

Wie haben die Gegner über die roten Gewerkschaften geurteilt, als nach dem großen Verrat der Einzelmeier, Brandes und Ulrich der rote Metallarbeiter-Verband in Berlin gegründet wurde. Und heute wachen überall im Feuer der Streiks die roten Einheitsverbände als Massenorganisationen aus dem Boden: Rote Verbände in den Bergbau-Verbinden, in den Eisenbahnen, bei den Landarbeitern; im Kampf am Rhein und Ruhr wird der große Metallarbeiterverband von Nordwesten entzogen. In der Bewegung der Bauarbeiter erfinden fünf rote Bauarbeiterverbände: In Berlin, Ruhrgebiet, Saar-gebiet, Halle und Bayern und bald wird auch hier die Frage des Reichsverbandes stehen.

Wie haben die Gegner über die drei Ausschüsse der RGD Glossen gemacht, und heute führen sie in allen ihren Verbänden, welche mögliche Anziehungskraft die RGD als die wirkliche Einheitsorganisation auf alle Arbeiter, auch in den reformistischen und christlichen Organisationen, ausübt.

Der Weg der RGD ist klar: Sie trägt zur reaktionären Gewerkschaftsorganisation bei. Sie schafft rote Einheitsverbände in allen Industrien. Sie bleibt aber dennoch die allumfassende revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die ihre revolutionäre Arbeit nicht nur in den reformistischen Verbänden verläßt aufnehmen, sondern nimmend auch in den christlichen hinein.

Heute steht die RGD als aufsteigende Macht im Brennpunkt des Haffes und des Kampfes aller unserer Gegner. Täglich speit die Millionenpresse der SPD und des ADGB Gift und Galle gegen uns. Die Unternehmer versuchen im Verein mit den Gewerkschaftsleitern einen Schlag nach dem anderen gegen die RGD, um sie zu distanzieren und ihren Vormarsch zu hemmen. Nichts anderes bedeutet auch der Streik, den in diesen Tagen die Schmirindustrialen und sozialdemokratischen Aktionäre der IG-Farben zusammen mit dem Polizeiapparat und der Pressefamilie gegen die RGD führen.

Die Aufgabe, die jetzt vor der revolutionären Gewerkschaftsopposition steht, ist die Organisation des Kampfes auf der ganzen Linie, die die Unternehmeroffensiven zum Stehen zu bringen und zum Gegenangriff überzugehen. Die sind im Rhein-Ruhr-Gebiet vorbereitenden Gesinnung des Reichsausschusses in jeder Industrie, in jedem Betrieb muß zum Streik gegen die vom Kapital provozierte zweite Lohnraubwelle gerufen werden. Vor der RGD steht die Aufgabe, in der nächsten Periode Kämpfe im Bezirks- und Reichsmaßstab zu führen.

Die Aufschlüsselung behingt ein kürzliches Tempo des Aufbaues der Organisation; deshalb wird der Sturmplan beschloffen.

Hunderttausende müssen in der nächsten Zeit für die RGD, ihre roten Verbände und ihre Presse gewonnen werden. Es darf keinen Betrieb mehr in Deutschland geben, wo nicht sofort eine RGD-Gruppe aufgebaut wird, ebenfalls keine Stempelstelle, wo nicht eine RGD-Gruppe besteht. In den Betrieben, Stempelstellen und Organisationen der RGD muß in Durchführung des Sturmplans ein Funktionärsstab von Hunderttausenden aufgebaut werden. In der Verwirklichung des Sturmplans der RGD, die vom 15. April bis 1. Mai alle Teile Deutschlands überflutet, muß den Arbeitern die Notwendigkeit der Durchführung des Sturmplans und der Schaffung einer mächtigen Gewerkschaftsbewegung aufgezeigt werden.

Diese gewaltigen Aufgaben werden wir nur erfüllen können, wenn wir uns auf die Hilfe der breiten Massen verlassen. Ein solches Beispiel haben wir, wie das russische Arbeiterkloß mit unerhörter Hingabe und selbstopferndem Schwung den fünfjährigen sozialistischen Aufbau durchführt. Das Reichsamt der RGD hat einen Appell an die Selbstinitiative und die Kontrolle der Massen von unten gerichtet. Ein Hundert von Briefen aus den Betrieben, Stempelstellen aus den entlegensten Orten Deutschlands haben Arbeiter, Arbeiterinnen ihre freudige Mitarbeit mitgeteilt.

Wenn jeder Protestierer, der mit den Zielen der RGD einverstanden ist, der Schluß machen will mit der kapitalistischen Lohnraubwelle und der Knödelung der Menschen, der den sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften mit, nicht in seinem Betrieb, in seiner Stempelstelle, in seinem Verband die Fahne der revolutionären Gewerkschaftsopposition aufzurichten, dann werden wir schnell vorwärts marschieren. Dann ist uns der Sieg sicher.

Wenn auch der Unternehmer mit neuen Terrormaßnahmen antwortet: Wir werden ihn durch den Streik niederzwingen. Wenn uns die reformistischen Gewerkschaften überfallen und ungescheut Gehör überhören, werden wir ihnen die solche Antwort geben, mit denen Genosse Thälmann seinen Brief an den Gesamtverband schloß:

„Wir schreiten vorwärts! Ihr geht zurück! Ihr seid die letzte niedergehende Schuttruppe des Kapitals! Die gewaltige Kraft von Millionen proletarischer Kämpfer wird zusammen mit den Ausbeutern auch euch, ihre Bataien, wegspülen!“

Der rote Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter im Kampf

Neue Streitverschärfung in Nellen — Wieder eine DDB-Ortsgruppe zum roten Einheitsverband übergetreten — Hebt überall Solidarität!

(Eig. Bericht.) Künern, den 16. April.

Der Streik in Nellen wird mit unermindeter Schärfe fortgesetzt. In alle Kollegen, hauptsächlich an die Meister und Schmeier ergeht der dringende Appell, sich nicht von den sozialfaschistischen Arbeitsermittlern als Streiffreder vermitteln zu lassen.

Ihren Wohnungen herauszuwerfen, ist mißglückt. Sogar dem kapitalistischen Gericht war die Zunterforderung so ungenehmlich, daß Hagemann zunächst einen Restfall erlebte.

Heraus mit dem Streiffreder von Nellen, dem Meister Flaubaß, der immer noch im Gefängnis festgehalten wird.

Solidarität und Hilfe den streifenden Landarbeitern in Nellen. Sorgt für den raschesten Aufbau des roten Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter!

DDB-Ortsgruppe Cosdorf zum roten Einheitsverband

Halle, den 16. April.

Am Sonntag, dem 12. April, fand in Cosdorf eine Landarbeiterversammlung statt, dort ist die ganze Ortsgruppe des DDB mit ihrem Vorstand zum roten Landarbeiterverband übergetreten.

Wie die SPD das „Volksbegehren“ des Stahlhelms in Preußen unterstützt

Kommunistische Gegendemonstration verboten — Stahlhelm-Flugblatt-Verbot aufgehoben — Für den Stahlhelm gibt es keine Notverordnungen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. April.

Ein neuer Schlag für das wertigste Blatt Berlins sozialdemokratischer Polizeipräsident Grzesinski hat die für morgen, Freitag, angelegte Demonstration der kommunistischen Partei im Aufgange gegen das „Volksbegehren“ der sozialistischen Arbeitermänner unter Berufung auf die Notverordnung der Hindenburg-Brüning-Regierung verboten.

schuß, wie er heute auf lebende und tote Minister, Behörden, ganze Regierungen, Parlamente, Amtsträger, Verordnungen und mittelbar sogar Parteien ausgeübt ist, genöh damals, praktisch genommen, nur die Kerzen des Monarchen.“

Der Bärencurrier und seine sozialpolitischen Sintermänner können laden. Das Brüning-Sprengstoffsozialfängels aus dem Jahre 1931 übertritt in der Tat alle Terrormaßnahmen, die je gegen die Arbeiterklasse angewandt wurden.

Das Stahlhelm-Flugblatt Nr. 1 zum „Volksbegehren“ auf Auflösung des Preussischen Landtages ist vor einiger Zeit verboten worden. Nun hat der preussische Innenminister Seevering dieses Verbot wieder aufgehoben.

Seevering bestätigt keinen SPD-Stadtrat

Am 14. April wurde von der Berliner Stadterordnungsversammlung bei der Wahl der Stadträte ein Kommunist, der Genosse Erik Langner, gewählt. Schon am 15. April hat Seevering sämtliche gewählten Stadträte von der äußeren Rechten bis zu den Sozialdemokraten bestätigt.

Was die Wahl des Genossen Langner wurde nicht bestätigt. Außerdem bringt Seevering zum Ausdruck, daß er die ganze kommunistische Vorherrschaft nicht bestatigen würde. In Stelle des einzigen kommunistischen Stadtrats soll ein Sozialdemokrat oder Demokrat in den Magistrat kommen.

Für den Stahlhelm gibt es keine Notverordnung

II, Frankfurt a. M., 15. April.

Am Sonntag veranfaßt der Stahlhelm in Frankfurt a. M. ein in einem großen Maßstab. Das Demonstrations- und Umzugsverbot das für Frankfurt besteht, ist für diesen Tag (!) von der Polizei aufgehoben worden.

So verhalten Seevering und die sozialdemokratischen Führer die Demokratie. Der härtesten Partei von Berlin, der SPD, nehmen sie jedes Vertretungsrecht im Magistrat. Die sozialdemokratischen Führer, die schon Vorkriegszeit mit der Deutschen Volkspartei eingegangen sind, wollen mit den demokratischen, volksparietlichen und deutschen Freunden allein sein. Die „Tätigkeit“ der Grzesinski und Seevering beim „Volksbegehren“ des Stahlhelms und der Nennung des reaktionären Gehobels, das am 14. April in Kraft wird, diese Art „Demokratie“ richtig einschätzen müssen und daraus die Konsequenzen ziehen: Nun erst recht sich im Kampf gegen den Faschismus und die Hungerdiktatur zusammenzuschließen und sich um die kommunistische Partei zu scheren!

Der Frankfurter Polizeipräsident ist ein Sozialdemokrat, der ebenso wie Grzesinski und sein Schiller Parteigenosse Dietrich alle Demonstrationen zum Reichstagsgebäude in Frankfurt am Main verbietet, für den sozialistischen Stahlhelm jedoch eine Ausnahme macht und ihm bereitwillig die Straße überläßt.

„Schlimmer als unter dem Kaiserreich“

Der „Berliner Bärencurrier“, ein Blatt, das die Notverordnungen der Brüning und Seevering rückwärts verteidigt, schreibt zur Charakterisierung dieser Diktaturverordnung in seiner Nummer vom Sonntag, den 12. April:

„Wir leben gegenwärtig unter viel härterer Aufsicht, unter viel engerer, unangenehmer Ausgrenzung als das Kaiserreich lebte. Wer für Unzufriedenheit, nicht für Gesetzeshaltungen, Gedächtnis hat, wird das nicht bestreiten wollen. Einen Sonder-

Neue Proteste gegen die Brüning-Seevering-Diktatur

Arbeiter-Sportler protestieren

(Eig. Meldung.) Kiefern, 16. April.

In einer vor einigen Tagen stattgefundenen Vollversammlung der Arbeiter-Sport- und Kulturartells wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Das Arbeiter-Sport- und Kulturartell Klein-Wittenberg Kiefern protestiert auf das schärfste gegen die von dem Reichspräsidenten erlassene Notverordnung betreffend Verbot von Versammlungen und Demonstrationen. Die politische, soziale und wirtschaftliche Organisation. Es liegt in dem Ermessen der Behörden, diese zu erlauben oder zu verbieten. Alle diese Notverordnungen wenden sich nur gegen die Arbeiterorganisationen.“

„Nur Kommunisten besitzen unser Vertrauen“

Halle, den 16. April.

In der vorgestern stattgefundenen öffentlichen Einwohnerversammlung, die von der kommunistischen Stadtverordnetenversammlung einberufen worden war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die hart behaltene öffentliche Einwohnerversammlung im Zoo am 14. April präzisiert die kommunistische Forderung, die wertigen Entschieden für ihren Kampf im Interesse der wertigen Schichten der Stadt Halle ihr volles Vertrauen aus. Sie beauftragt die kommunistische Fraktion, mit allen Mitteln inner- und außerhalb des Parlaments diesen Kampf fortzusetzen und sich in diesem Kampf die Hilfe der Partei der Volkspartei gegen den Faschismus zu sichern. Der Gehorsam die Steuerzahler sind unerlässlich. Es gilt alle Gehaltelöhner zu stärken, die dagegen aufstehen. Ausbeuter und die kumpelnden Beamten sind zu bekämpfen. Die Beamten sind zu unterstützen. Die Beamten sind zu unterstützen. Die Beamten sind zu unterstützen.“

Die Braunkohlentönnige haben ungeheuerliche Profite

Halle, den 16. April.

In den letzten Tagen haben die Hauptversammlungen beziehungsweise Generalversammlungen der Kohlenwerke Borna AG und der Braunkohlentönnige Leonhardt AG in Hildendorf stattgefunden. Die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung, die Folgen der beispiellosen Wirtschaftskrise tragen alle die Braunkohlentönnigkumpen.

Die Aktionäre konnten sich so, als ob im verflochtenen Jahre gar nichts geschehen wäre, obwohl kein Braunkohlentönnigwerk Borna AG wie auch bei den Braunkohlentönnigwerken Leonhardt AG, wiederum 8 Prozent Dividende bewilligen.

Wie zum Spaß für die Profiteure ist dem Beschluß der Aktionäre der Leonhardt AG, die Bemerkung angehängt, daß bisher noch keine Besserung der Geschäftslage zu verzeichnen sei.

Zum neuen Schläge gegen die Braunkohlentönnigkumpen wird ausgehört. Die reformistischen Kongen fordern die Arbeitszeiterhöhung auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich, was für die Braunkohlentönnigkumpen ein 20prozentigen Lohnraub gleichkommt.

Braunkohlentönnigkumpen, antwortet darauf. Faßt Kampf!

Genosse Jendroich kritiklos entlassen

Eisenbahner, protestiert gegen diese unerhörte Maßregelung

Die Reichsbahndirektion Oppeln hat den Genossen Jendroich kritiklos entlassen.

Die Entlassung erfolgte auf Grund der Denunziation der SPD-Fraktion die durch zur Wahrung aufzufordern hat. Die Entlassung erfolgte auf Grund der Denunziation der SPD-Fraktion die durch zur Wahrung aufzufordern hat.

beihilfe für Lohnhöhungen und für Arbeitszeitverlängerungen bei vollem Lohnausgleich, wählt vorbereitende Kampfleitungen, schickt eure Delegierten zu der Bergarbeiter-Verkehrsversammlung am 19. April in Halle.

Hausdurchsuchung im Hamburger RGD-Büro

Im RGD-Büro in Hamburg ist am 13. April von der Polizei eine Hausdurchsuchung durchgeführt worden. Die Parteimitglieder gaben vor, nach einer geheimen Beobachtung (!!) und nach Sprengstoff (!!) zu suchen. Gewunden wurde selbstverständlich nichts. Es handelt sich hierbei um eine Aktion, die durchgeführt wird, weil die Erfolge der RGD der Bourgeoisie Angst und Schrecken einjagen.

Jungarbeiterdemonstrationen im roten Berlin

Berlin, 16. April. (Eig. Drahtm.)

Grzesinski hatte bekanntlich den für gestern geplanten Aufmarsch der wertigen Jugend Berlins gegen den Faschismus im Aufgange verboten. Dennoch fanden gestern Abend in allen Teilen Berlins Jungarbeiterdemonstrationen statt. Im Süden marschierten 500, im Nordosten 1000, im Norden 1000 und in anderen Bezirken Hunderte von Jungarbeitern. Sprengstoffe gegen das Demonstrationenverbot, gegen den Faschismus erschollen in der Arbeiterwelt. Die wertigste Bevölkerung empfindt mit vielen Zustimmungslauten die marschierenden Jungarbeiter. Die Polizei kam bei fast allen Demonstrationen erst dann an, als die Jungarbeiter ihre Kundgebungen bereits beendet hatten.

Vorläufiges Ergebnis der M... Wählung im Senats...

Nach Sachverständigen wird uns gemeldet, daß die Wahlm... in Sena... im letzten Jahre wieder keine M... für... gestellt hat. Wir können wegen... dieses Ergebnis... nicht... sein.

Straßenkämpfe in ganz Spanien

„Wir wollen Waffen und Brot!“ — Gefangenenbefreiung in allen Städten — Die Königsuppe am Galgen

Madrid, 15. April. Die Lage in Spanien hat in den letzten 24 Stunden eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Von allen größeren Städten, vor allem aus den Nordprovinzen, kommen Nachrichten von Kämpfen gemeldet. Die Arbeiter haben die Betriebe verlassen. Die Massenverbände bauen an. In Barcelona, Bilbao, Valencia und Sevilla haben die Massen die Gefängnisse gestürmt und alle Gefangenen befreit. In San Andres bei Barcelona haben die Arbeiter der großen Textilbetriebe ein „Revolutionäres Komitee“ gebildet und eine Anzahl der bedeutendsten republikanischen Unternehmern verhaftet und eingesperrt. Die Polizei ist machtlos. Die katalonischen Truppen sympathisieren offen mit den Massen.

In Barcelona haben die aufs äußerste erbitterten Massen die Gefängnisse gestürmt, Feuer an die Türen gelegt, die Wände eingeschlagen und über 600 Gefangene befreit. Als Antwort auf die „berühmte“ Rede des neuen republikanischen und sozialdemokratischen Stadtoberen sprach die Menge in den Ruf aus: „Wir wollen Waffen und Brot.“

An mehreren Stellen der Stadt besuchten die Massen Polizeistationen und öffentliche Gebäude zu besetzen. Dabei entwickelten sich schwere Straßenkämpfe. Die Polizei ging mit Wasserkanonen gegen die Massen vor. Die Zahl der Toten und Verletzten, die sehr hoch sein soll, ist noch nicht bekannt.

„Bilderturm“ in Madrid

In Madrid und vielen anderen Städten kam es ebenfalls zu erbitterten Straßenkämpfen. Die Massen veranstalteten einen regelrechten „Bilderturm“ auf die Wahlscheune der Monarchie. Denkmäler wurden gestürzt. Monarchistische Inschriften von öffentlichen Gebäuden abgeschlagen. Die Häuser bekannter Monarchisten gestürmt und zertrümmert. Durch die Straßen bewegten sich erlöste Demonstrationen, die den König verfluchende Plakate an Galgen mit sich führten. In vielen Städten erhoben sich die Arbeitslosen. Warenhäuser wurden besetzt und die ausgestellten Waren unter die Massen verteilt. Restaurants und Luxuslokale wurden von arbeitslosen Demonstranten gestürmt. Ein Orkan der Empörung wütete über das ganze Land.

„Ruhe und Ordnung“

Die neue Regierung hat inzwischen ihr Programm bekanntgegeben. Sie betrachtet sich als provisorische Regierung und will ihre sämtlichen Maßnahmen der zu wählenden Nationalversammlung zur Bestätigung vorlegen. Ihre Ziele sind: Die Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung“ und der Schutz des Privateigentums. Sie behält sich vor, die ihr von den Massen abgewonnenen politischen Freiheiten einzuschränken oder aufzuheben. Im Interesse der Sicherung der „Ruhe und Ordnung“ werden die schärfsten Maßnahmen bis zur Beendigung des Belagerungszustandes angeordnet.

Der König auf der Flucht

Die königliche Familie hat heute Madrid verlassen. Der König selbst hat, wie erst jetzt bekannt wird, keineswegs formell abgedankt. Er läßt vielmehr erklären, daß er auf seine Rechte nicht verzichte. Seine Abreise vollzog sich nicht — wie es anfangs schien — in planmäßiger Weise. Er zog es vielmehr vor, bei Nacht und Nebel im Auto fuhrtauri seine Residenz zu verlassen.

Republikaner in weißen Handschuhen

(U) Madrid, 15. April. Die spanischen Rechtszeitungen bringen tiefgefärbte herliche Nachrichten für den König, dessen

Goebbels und die spanische Revolution

Kränen um Alfonso — „Abbelezesse“

Obwohl oder über muß auch der „Angriff“ zur spanischen Revolution Stellung nehmen, die immerhin ein Ereignis von größter geschichtlicher Bedeutung ist. Und wenn man leben will, mit tief die Nationalsozialisten, die christlich von einer „deutschen Revolution“ phantasierten, gelunten sind, dann muß man den getriggen Artikel des „Angriff“ lesen, der bezeichnenderweise mit der Überschrift versehen ist: „Spanien im Kampf. — Schon Abbelezesse.“ Trodem der Sieg der Revolution schon einwandfrei feststand, als dieser Artikel geschrieben wurde, hegte der „Angriff“ noch immer die Hoffnung, daß der blutige Alfonso nicht verloren ist, denn der Artikel hebt folgendermaßen an:

„Wenn die sich überzierenden Nachkommen aus Spanien richtig sind (1), dann ist Spanien eine Republik geworden.“ Mit vollkommener Bestimmtheit für eine gemaltige Volksbewegung, die mit Abbelezesse gekennzeichnet wird, schreibt dann der „Angriff“ weiter:

„Aber Freund des spanischen Volkes aber sieht mit Besorgnis, daß die Kräfte noch nicht da sind, die den Alfonso den König zu erlösen vermögen.“

Es muß sich erst noch herausstellen, die Republikaner nicht Anarchisten und Be-

vorläufig kann eine richtig leid tun.“

Das spanische Volk wird sich für diese nicht minder das deutsche Volk, das an diesem Spiel nicht, wie prozedural die Nazis sind — monarchistisch, worauf ja auch die Tatsache, daß die verschiedenen Sozialisten und andere Mitglieder der Hitlerpartei sind.

Bitterkeit, diplomatische Fähigkeit und Vaterlandsliebe über alles geht. Die Forderung des neuen Regimes fordern sie von allen monarchistischen Elementen Unterstützung, der republikanischen Regierung mit der Begründung, ein Abweichen der bürgerlichen Republik nach links auf alle Fälle zu vermeiden. Ganz Spanien müsse zusammenarbeiten, um die großen Fragen des Landes zu lösen.

Sozialfaschistische Bürgerkriegsgarden

Der Vorstand der spanischen Sozialdemokratie erläßt einen Aufruf, in dem alle Parteimitglieder aufgefordert werden, die Republik mit aller Kraft und allen Mitteln zu

schützen. Der Aufruf warnt die Parteimitglieder davor, sich „durch rabidale Elemente zu Gewalttaten und Ruhestörungen hinziehen zu lassen“.

Gleichzeitig haben die Sozialdemokratische Partei und die reformistischen Gewerkschaften der Regierung mitgeteilt, daß sie bereit seien, ihr eine bemannete Truppe von 100 000 Leuten zur Verfügung zu stellen.

Die katalonischen Anarcho-Syndikalisten wenden sich ebenfalls mit einem Aufruf an ihre Anhänger, in dem sie erklären, sie seien zwar nicht begeistert von dieser Republik, aber man müsse sie trotzdem „vor monarchistischen Anschlägen“ schützen. Sie warnen die Arbeiterklasse vor revolutionären Maßnahmen und fordern sie auf, „Ruhe und Besonnenheit zu bewahren“.

Deutsche Wissenschaftler für die Sowjetunion

Professor Bergius in Moskau — Zuckergewinnung aus Holz — Ein Beitrag zur Spionagegehe

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Professor Bergius ist gestern in Moskau eingetroffen, um mit der Bundesregierung der russischen chemischen Industrie Beschimpfung über eine Reihe von Projekten zu verhandeln. Bereits im vorigen Jahre wurde mit Professor Bergius ein Abkommen getroffen, wonach der Beschimpfung das Recht auf die Gewinnung von Zucker aus Holz nach dem Bergiusverfahren erhielt. Das Abkommen sieht auch technische Hilfeleistung durch Professor Bergius und dessen Mitarbeiter vor, und zwar beim Bau einer Versuchsfabrik.

Prof. Bergius ist durch sein Kohlehydrat-Forschungsverfahren, das von der IG-Farben in Friedrichshagen betrieben wird, weitesthens bekannt geworden. Seine Fahrt nach Moskau wird von der großen bürgerlichen Presse sehr unangenehm empfunden und in einer Weise kommentiert, die zeigt, daß dieser bürgerliche Professor anscheinend sich nicht so verhält,

wie es besonders das Chemiekapital in Deutschland wünscht. Im Anschluß an eine Meldung der „Königschen Zeitung“ über den Wissenschaftlerkongreß in Moskau schreibt der Korrespondent dieser Zeitung:

„Eigenartig gerade in diesem Zusammenhang nimmt sich eine heute veröffentlichte Erklärung des letzten eingetroffenen Professors Bergius aus, worin es heißt: „Meine Mitarbeiter und ich werden mit besonderer Hingabe die Beziehungen zwischen der deutschen Wissenschaft und Industrie und der Rätewirtschaft nach jeder Richtung hin fördern und ihr Wissen und ihre Erfahrungen in den Dienst der Wirtschaft des Sowjetbundes stellen!“

Jetzt betrachten wir uns den Kopf, ob es wohl auch „Spionage“ ist, daß Professor Bergius sein Patent zur Gewinnung von Zucker aus Holz der Sowjetunion überlassen hat.

Aus dem Reiche Brauns und Severings

Das ganze Reich in Preußen zeigt folgende Gegenüberstellung von Einzelpositionen aus dem Braun-Severing-Glat:

Für Polizeizwecke:		Für Wohlfahrtszwecke:	
Verpflegung der Dienstpferde (Zustellzulagen an frante und erhaltungsbefähigte Pferde)	2 546 020 Mark	Rinderpeisung	1951 800 000 Mark
Anstellungsgelder f. Dienstpferde und Hunde	215 000 „	Schulzahnpflege	30 000 72 000 „
Ergänzung von Polizeiwaffen, Munition und Handgranaten	1 580 000 „	Bekämpfung der Tuberkulose	780 000 800 000 „
Ergänzung der Dienstpferde	782 500 „	Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit	570 000 600 000 „
Kosten der Dienstpferde	515 000 „	Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten	25 000 50 000 „
Aufwandberechtigung für Kriminalbeamte	2 985 438 „	Unterstützung d. Gehammenselens	5 000 5 000 „
Aufwandberechtigung für Landjägerbeamte	3 700 000 „	Bekämpfung der Krebskrankheiten	28 600 30 000 „
Waffen, Kampfmittel, Werkzeug, Munition, Schießgerät, Fahrzeuge	2 280 000 „	Unterstützungsbetrieb	132 800 133 000 „
Kraftfahrgerät	3 737 000 „	Bekämpfung übertragbarer Krankheiten	5 000 5 000 „
		Förderung der Krüppelfürsorge	19 000 20 000 „
insgesamt: 18 820 958 Mark		gegen: 2 295 400	2 515 000 Mark

Diese Gegenüberstellung beweist die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes der deutschen Arbeiterklasse nicht nur gegen Brüningdiktatur, sondern auch gegen die Preußenkoalition. Das Volksbegehren des Stahlhelm zur Auflösung des Preussischen Landtages und gegen die „marxistische“ Preußenregierung dient keineswegs der Förderung der Ausgliederungspolitik durch die Preußenregierung, im Gegenteil: Durch dieses Volksbegehren sollen die schicksalhaften Kräfte noch weiter gestärkt werden, damit die Staatsgewalt im Reiche wie in Preußen noch räuberischer den Hungererlöbigen der arbeitende Bevölkerung durchzuführen kann. Darum schließt Kampf nicht nur der Preußenregierung, sondern auch dem schicksalhaften Volksbegehren der Soldat, Hitler und Konraden. Der Kampf der revolutionären Arbeiter gilt gleichermassen den Hunger- und Terrorregieren der Brüningdiktatur und der Preußenkoalition. Dieser Kampf wird nur geführt von der kommunistischen Partei und den proletarischen, revolutionären Massenorganisationen.

Eine neue Kiefenbank?

Von der Front des internationalen Finanzkapitals

Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, ist in Neuporf eingetroffen, um wegen der Gründung einer neuen internationalen Bank, die ebenso wie die Reparationsbank in Basel ihren Sitz haben soll, mit der amerikanischen Finanzwelt zu verhandeln. Diese Reise hat besonders in Frankreich großes Aufsehen erregt, da es sich bei dieser Gründung nicht zuletzt um einen Vorstoß Englands gegen die Vorherrschaft des französischen Finanzkapitals handelt, wozu Amerika gewonnen werden soll.

Die neue Bank soll mittels langfristiger Kreditoperationen die Erhaltung des Weltmarktes bewahren. Da allein Amerika und Frankreich zusammen etwa zwei Drittel des verfügbaren Goldes der Welt in Besitz haben, so sollen diese beiden Länder hauptsächlich bei diesem neuen internationalen Kreditinstitut die Garantien einlegen. Dabei versagt England ausgesprochen. Vor allen Dingen soll dadurch die weitreichende „Kaufkraft“ Frankreichs auf irreduziblen Europa gebunden werden. In Frankreich ist man dem Projekt nicht sehr begeistert.

Wichtig ist, daß nach Mitteilung des „Manchester Guardian“ auch deutsche Unternehmungen, wie die Farbenindustrie und die AEG, sich an der Bank beteiligen. Das Aktienkapital der Gesellschaft wird 20 Millionen Sterling betragen, wovon fünf Millionen sofort ein-

gepagt werden. Später sollen 100 Millionen Pfund Sterling Obligationen ausgegeben werden.

Zweifellos handelt es sich hier um ein ganz großes Projekt des internationalen Finanzkapitals unter anglo-amerikanischer Führung. In englischen Blättern ist davon die Rede, daß durch diese Bank auch Rußland finanziert werden sollen. Man muß weitere Nachrichten abwarten, um sich ein endgültiges Urteil zu bilden.

Die Panzerrenner „Sozialisten“ schwächen über „Abrüstung“

Brüssel, 14. April. Augenblicklich tagt in Brüssel die „Gemischte Abrüstungskommission“ der Züricher und Antwerpener Internationale. Diese Kommission hat eine Unterkommission gebildet, die am 17. und 18. Mal in Antwerpen zusammenzutreten wird, um ein „Aktion- und Forderungsprogramm“ zu formulieren.

Die „Aktion“ wird in parlamentarischen Interpellationen sowie in internationalen Petitionen und „Demonstrationen“ bestehen. Die Forderungen, deren Wert man schon aus der Handlungsweise der verschiedenen sozialpolitischen Sektionen der Zweiten Internationale kennt, werden der im Februar 1932 stattfindenden Abrüstungskonferenz unterbreitet werden.

Die „endgültigen“ Beschlüsse werden am 21. Juni in Genä von einer Tagung der „Gemischten Abrüstungskommission“ getroffen werden.

Landarbeiter, hinein in euren roten Kampfverband!

Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter: eure einzige Kampforganisation!

Der Angriff der Junker auf die Löhne der Landarbeiter ist zum größten Teil gescheitert am entschlossenen Widerstand der kampfgewilligen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Schon der staatliche Schlichter mußte unter dem Druck des offen zum Ausdruck gebrachten Streikwillens der Gutsbesitzer zurückweichen und die Lohnraubforderungen der Unternehmer zurücknehmen.

Der Landbund, die Organisation der Großgrundbesitzer, wollte ursprünglich die Löhne der Arbeiter um 4 Pf. und die der Arbeiterinnen um 3 Pf. pro Stunde abbauen und alle Sonderzulagen entweder stark kürzen oder vollständig beseitigen. Der Schlichter ließ sich aber gezwungen, einen Schiedsspruch zu fällen, der die Erwartungen der Schlichter vor dem Landbund nicht erfüllte.

Der im vorigen verhänglich erklärte Schiedsspruch sieht eine Senkung der Löhne der Männer über 18 Jahre um 1 Pf. und unter 18 Jahre um 1/2 Pf. pro Stunde vor. Die Gehaltslöhne sollen um 5 Prozent gekürzt und die Erntezulage allen Arbeitern und Arbeiterinnen vollständig genommen werden. Obgleich dieser Schiedsspruch schon ein Rückschlag vor dem entschlossenen Gegenangriff des Landproletariats bedeutet, ist er für die verletzten Landarbeiter immer noch untragbar.

Die Landarbeiter können keinen Lohnraub ertragen, sondern sie brauchen höhere Löhne.

Sie gingen deshalb sofort zum Gegenangriff über. Eine Reihe von Gütern traten in den Streik. In Neulben, Könnern, Mauerz, Salsforda, Kuffenmünge, Johannsroda, Lichtenburg, Graunfels, Kreisgau und Jörbig wurde der Kampf aufgenommen.

In Neulben und Lichtenburg wird zur Zeit noch gestreikt.

Diese Streiks haben der Front der Junker einen empfindlichen Schlag gegeben. Obgleich der Landbund schon vor der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches an seine Mitglieder — die Junker — die Anwendung herausgab, überall und überall den Lohnraub durchzuführen, wagten die Gutsbesitzer in vielen Fällen nicht, diese Forderung nachkommen und brachen aus der Unternehmung aus. Der Landbund erlitt eine empfindliche Schlappe; die Front der Junker wurde zerstückt.

Schon auf die bloße Androhung hin wurde der Lohnraub vielfach rückgängig gemacht.

In Könnern dauerte der Streik nur einen halben Tag und endete mit einem vollen Sieg der Belegschaft. Sie erreichte eine schriftliche Lohnvereinbarung mit der AGD. Der Unternehmer bewilligte alle Forderungen einschließlich der Lohnhöhung von 5 Pf. pro Stunde.

Der Unternehmer Göbel in Goltz bei Könnern bewilligte daraufhin 3 Pf. Lohnhöhung pro Stunde, als seine Belegschaft mit dem Streik drohte.

Auf vielen anderen Gütern besonders in den Streikbezirken verpflichteten sich die Unternehmer, keinen Lohnraub vorzunehmen.

Diese Erfolge wurden durchgeleitet trotz der heftigen Anstrengungen des Landbundes mit Hilfe des Staatsapparates die Landarbeiter einzuschüchtern und die Streikbrecher zu schüren. Überall wühlte ein besonders harter Polizeierz.

In Neulben ließ die Polizei auf die Streikpötte und verhaftete Streikführer, unter anderen den Meister Alfred Klausbach, der sich heute noch in Untersuchungshaft befindet.

Unter dem Schutz der Polizei wurden Streikbrecher herangezogen. In Neulben und Lichtenburg arbeiten und arbeiten Streikbrecher unter dem Schutz der Polizei unter ausdrücklicher Billigung der sozialfaschistischen und herrschaftlichen Gewerkschaftsböden Zersch und Kiemer.

Das Arbeitsamt Torgau wollte in der Umgehung von Lichtenburg unter Androhung der Wegnahme ihrer Unterstützung Erwerbslose zur Streikbrucharbeit zwingen.

Die Erwerbslosen lehnten dies jedoch rundweg ab und solidarisierten sich mit den streikenden Landarbeitern.

Auf den Gütern in Rietz, Trietz, Kiemer, Kiemer, Kamitz und Raditz hatten die Belegschaften ebenfalls Streikbeschlüsse gefasst und Kampftätigkeiten gewährt. Vor Ausbruch des Streites aber wurden sämtliche Güter mit Polizeiposten

bis zu 25 Mann besetzt, die die Belegschaften von der Außenwelt abschlossen und nur durch die harten Terror wurde die Auslösung des Streiks verhindert. Unter dem Druck der Polizeibesetzungen nahmen hier die Landarbeiter den Lohnraub hin.

Die Beiträge für den Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter:

Klasse 1: Männer zahlen 35 Pf. pro Woche;

Klasse 2: Jugendliche und unverheiratete Frauen zahlen 25 Pf. pro Woche;

Klasse 3: Erwerbslose und Frauen zahlen 15 Pf. pro Woche.

Die Aufnahmegebühren betragen den zehnjährigen Wochenbeitrag für Neuzugewonnene.

Mitglieder der AGD, die sich dem Einheitsverband anschließen wollen, sind von der Zahlung der Aufnahmegebühren befreit. Sie müssen dafür ihre Mitgliedskarte an die Gauleitung einschicken.

Mitglieder des DDB und der anderen Verbände zahlen keine Aufnahmegebühren, wenn sie zum Einheitsverband überreten. Sie müssen ihre Mitgliedsbücher an die Gauleitung des Einheitsverbandes einschicken.

Die Mitglieder der AGD und in anderen Verbänden wird allen Übertrittenden voll angerechnet.

Mitglieder, die regelmäßig ihre Beiträge bezahlen, erhalten die Verbandszeitung „Der Land- und Forstarbeiter“ gratis.

Der DLV ist bankrott

Alle Landarbeiter und Landarbeiterinnen, hinein in den Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter — Ziel: Mehr als 5000 Mitglieder bis zum 15. Juni!

Landarbeiterstreiks, die siegreich für die Landarbeiter enden sollen, müssen revolutionär geführt werden, und die Landarbeiter werden sie revolutionär durchführen.

Sie haben bisher von den Junkern mehr Barbos gefordert noch erhalten und sie werden ihnen auch kein Barbos geben. Es gibt keine Gemeinschaft zwischen Ausbeuteten und Ausbeutern, zwischen Unterdrückten und Unterdrückten.

Es darf aber auch keine Spaltung und Trennung zwischen den ausgebeuteten Landarbeitern selbst geben.

Das sind die wichtigsten Lehren, die die Landarbeiter aus den jahrelang ertragenen Verrätereien der sozialfaschistischen und gelben Gewerkschaftsböden und ihren letzten Streiks gezogen haben.

Die reformistischen und gelben Verbände und besonders der DDB sind bankrott.

Sie konnten, wie sie selbst sagten, die Verantwortung für den Landarbeiterstreik nicht übernehmen, weil sie die Verantwortung für die Erringung und den Fortbestand der kapitalistischen Ausbeutermittel übernommen haben. Deshalb sind diese Borden für „Reformisten“, für „Bankrotte“ bei Lohnraub. Deshalb hintertrieben sie auch die Streiks der Landarbeiter und hegen Polizei auf die Streikenden, indem sie eure Lohnstreiks als „kommunistische“ bei ihren sozialfaschistischen und denationalen Polizeipräsidenten und Landräden angeben.

Deshalb verurteilen sie auch durch ihre Arbeitsämter den Streikbrecher zu organisieren. Eben, weil sie so eng mit den Junkern und deren herrschaftlichen Einrichtungen verflochten sind, mußte auch deren Niederlage auf die Organisation der Junker, den Landbund, noch nicht vernichtend gemerkt hat, bedeutet sie für den DDB vollständige Vernichtung. Die gelben und grünen Verbände aber müssen mit dem DDB fallen.

Die aus dem ganzen bisherigen Verlauf dieser Verbände gehen noch übrig gebliebenen Mitglieder schwanken geschlossen in die rote Einheitsfront ein. Ganze Zehntausende des DDB treten zum roten Einheitsverband über.

Das letzte Angebotsangebot der DDB-Borden, daß der Einheitsverband nicht „antifaschistisch“ sei und von den bürgerlichen Verbandsorganen nicht anerkannt würde, verhält ungeheuer. Die Landarbeiter wissen, daß Tariffragen Machfragen sind und daß sie die Anerkennung ihres roten Verbandes erlangen müssen.

Schon jetzt, in den ersten Tagen unseres Bestehens, haben wir eine Reihe von Unternehmern zum Abschluß von Sondervereinbarungen gewonnen.

Jetzt aber heißt es mit verstärkter Kraft neue Kämpfe organisatorisch vorzubereiten.

Die Unternehmer drohen mit neuem Lohnraub nach der Frühjahrseinstellung.

Die Landarbeiter müssen um ihre Erntezulage kämpfen

Sie müssen darüber hinaus vom bisherigen Abwehrstreik auf einzelnen Gütern zum geschlossenen Angriffstreik für höhere Löhne auf allen Gütern übergehen. Wenn auf allen Gütern gleichzeitig gestreikt wird, ist es den Unternehmern unmöglich, die Streiks durch Polizeierz zu brechen. Wenn Landarbeiter, Meister, Beschäftigte, Gutsbauern, Frauen und Jugendliche in einheitslicher Front zusammenstehen, muß der Unternehmer unterliegen. Dazu aber müssen die Guts- und Forstarbeiter aller Berufe einheitslich und in Massen organisiert sein, müssen sie ihren Einheitsverband zu einem harten, schlagkräftigen Kampfverband ausbauen.

Auf jedem Gute eine Gutsgruppe des roten Kampfverbandes

Auf jedem Gut muß eine Betriebsgruppe des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter geschaffen werden. Die Belegschaften müssen sich hundertprozentig in den Einheitsverband organisieren. Sie müssen in ihren Belegschaftsversammlungen den Beschluß fassen, sich sofort und vollständig dem Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter anzuschließen. Der Sturzplan der AGD, der sich zum Ziel

bis zum 15. Juni 5000 Land- und Forstarbeiter im roten Einheitsverband

zu organisieren, kann und muß weit übertraffen werden. Die Mitglieder des Verbandes werden in Gutsgruppen zusammengesetzt. Jede Gutsgruppe muß eine feste und aktive Leitung haben, in der alle Berufsgruppen und Schichten der Belegschaft ihre Vertretung haben. Die jetzt eintreffenden polnischen Saisonarbeiter und arbeit-

Der Frühjahrskampf der Landarbeiter ist ein bedeutender Erfolg für die gesamte Landarbeiterfront. Trotzdem die Landarbeiter nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die Polizei, die Arbeitsämter und die sozialfaschistischen und gelben Gewerkschaftsböden kämpfen mußten, gelang es ihnen, den ersten Lohnraubangriff der Großgrundbesitzer in vielen Fällen abzuwehren und Erfolge zu erlangen.

Das wichtigste und wertvollste Ergebnis des Frühjahrskampfes der Landarbeiter aber ist ihre für mich wachsende Erkenntnis von der Notwendigkeit, eine harte, proletarische Einheitsfront auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes zu schaffen.

Mögen die Nazi, Christen, Reformisten und Sozialfaschisten (namen) über den geschickten Streikführer in der Landarbeiterfront, die Landarbeiter haben erkannt, daß dieser „Friede“ nur ein scheinheiliger Mantel für ihre schrankenlose Ausbeutung und Unterdrückung durch die Junker ist. Der Polizeierz der Brünnlinger Regierung und deren sozialfaschistischen und denationalen Landräde, die Schlichter in Neulben und die brutale Verhaftung des Streikführers, Meister Klausbach, hat der gesamten Landarbeiterfront die wahren Hintergründe dieses „Friedens“ gezeigt. Mögen die Kautzjunker setzen über die „roben“ Kampfbewegung — die Ablehnung von „Lohnarbeitern“ der Landarbeiter und ihres roten Einheitsverbandes. Die Landproleten, Männer, Frauen und Kinder, können ihnen und der breiten Öffentlichkeit Tausende von Fällen wirksamer Arbeit, ja Bestialitäten der Junker und ihrer Festsitzstategie nachweisen.

rimen müssen reiflos erfaßt und dem Einheitsverband angegeschlossen werden.

Bisher gab es auf den Gütern nur wenige reformistische Betriebsräte. Rote Gutsräte existierten noch gar nicht. In diesem Jahre werden schon 72 Gutsbelegschaften im Bezirk die Verteilung von roten Einheitslisten, zum Teil sind schon die Massen der roten Gutsräte durchgeführt.

Wir müssen alle Güter zu unseren roten Hochburgen machen. Das heißt, daß noch achtmal so viel rote Gutsräte geschaffen werden müssen, wenn wir nur die größeren Güter erobern wollen. Kein Gut ohne einen roten Gutsrat ist die Lösung für alle Gutsbelegschaften.

Überall rote Einheitslisten aufstellen! Überall Betriebsräte wählen durchführen!

Der rote Gutsrat ist neben der Gutsgruppe des Einheitsverbandes der Führer der Belegschaft im Kampf gegen die Junker. Auf der roten Einheitsliste dürfen deshalb nur die besten und zielklarsten Mitglieder der Belegschaft gewählt werden.

Kein Gutsbelegter hat das Recht, die Betriebsratsarbeiten zu verweigern, die Kandidaten dürfen nicht entlassen werden. Helft mit am Aufbau eurer Kampforganisation, dem Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter. Wählt Mitglieder, schafft auf allen Gütern Gutsgruppen des Einheitsverbandes und rote Gutsräte.

Landarbeiter, Meister und Gutsbauern, Frauen und Jungarbeiter, hinein in den roten Einheitsverband! Kämpft mit uns gegen Lohnraub und Unternehmerrterror. Helft mit, für den kommenden Erntestreik die Einheitsfront des gesamten Landproletariats zu stellen.

Den Mitgliedern des DDB, des Meisterverbandes und der übrigen gelben Verbände rufen wir zu:

Macht Schluss mit euren verästelten Borden! Organisiert Mitgliedererfassungen eurer Verbände und beschließt die sofortigen Übertritt der gesamten Mitgliedschaft in den roten Einheitsverband.

Vorwärts mit dem roten Einheitsverband unter dem Banner der Roten Gewerkschaftsinternationale zum Kampf gegen die Junker und ihre Helfershelfer für die Forderungen der Landarbeiter und Meister.

Keinen Pfennig Lohnraub.
Keinen Abbau der Deputatlöhne und Sonderzulagen.
Keinen Raub der Erntezulagen.
Zehn Pfennige Lohnhöhung pro Stunde.
15 Prozent Stüchlohnhöhung für Meister.
Reg mit der Frauengewerkschaft.
Reg mit der Zwangsarbeit für Kinder.
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
Heraushebung der Arbeitszeit auf 2400 Jahresstunden (Wochentag) bei vollem Lohnausgleich.
Anerkennung der von den Belegschaften gewählten Betriebsräte.

Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter Gau Mitteldeutschland

Sich Halle, Thomasiusstraße 35!

Abonnementsschein

Hiermit bestelle ich die Zeitung „Der Land- und Forstarbeiter“.

Name: Beruf:

Ort: Straße:

Ort: Straße:

Betrieb:

Der „rote Land- und Forstarbeiter“, 5 des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter, Mitteldeutschland, sich Halle, Thomasiusstraße 2, erscheint monatlich, pro Vierteljahr 30 Pfennig.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt zum Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter

Vor- u. Zuname

Wohnort u. Wohnung

Geboren am in

Frühere Gewerkschaft

Funktion

Betrieb

Partei

....., den 193

Aufgenommen durch (Name)

..... (Wohnung)

Quittung über einen Wochenbeitrag für Aufnahme in den DDB

Aufgenommen durch (Name)

..... (Wohnung)

Bergarbeiter stehen zur RGO und zum SPD

Der Bonze Gräbe wurde mit Mitgliedsbüchern bombardiert . . .

U.A. Die Verbandsbürokratie hatte zu einer Versammlung in Leuznau eingeladen. Ganze 40 Arbeiter waren in dieser Versammlung erschienen. Gräbe, Zeit, verlor seine „finen“ Reden an Arbeiter mit der Lösung rechtlich ab. Im Schlusswort verlor Gräbe die Ausführungen der Kumpels zu überlegen. Inzwischen erschienen die Genossen der oppositionellen Zahlstellenleitung in der Versammlung. Gräbe, Zeit, verlor seinen unterbrechenden Reden die Spitze weg. Der Besamungsgüter unterbrechender Genossen die Spitze weg. Der Besamungsgüter unterbrechender Genossen die Spitze weg.

Als Gräbe erneut mit Hausfriedensbruch und Polizei drohte, wurden einige Mitglieder lo empört, daß, wie schon in anderen Versammlungen, der Bonze mit Mitgliedsbüchern bombardiert wurde.

Kumpels von „Walters Hoffnung“ kämpfen gegen die Arbeitervertreter

U.A. Der Betriebsratsvorsitzende Rätter, ein angehender Bergarbeiterbonze, ist eines neuen Verzeichnisses an der Arbeiter-Schaft überführt. Rätter hat eigenmächtig einem 12prozentigen Wohnbau zugestimmt. Die Leistungs- und Prämienzulagen sind reiflos abgebaut. Der gesamte Betriebsrat weiß nichts davon. Herr Berginspektor Brauer hat befunden, daß Rätter es mit allen Gruben des Rößlinger Reviers das Wagengebirge gestiftet wurde, mich er den Kumpels - zur Verantwortung gezogen - aus, meldete sich frant und kam erst nach Bekämpfung des Abbaues zurück. Rätter ist nun große Schmeichelei, wenn nach dem Bericht vorwärts, müßten die Kumpels sich wehren, worauf er notwendig einen deutlichen Bescheid bekam. Dasselbe Kaliber ist auch August Weibel. Weibel leistet dem Unternehmen Vorkämpfer, indem er rote Betriebsräte für immer aus dem Betrieb klingen will. In der Arbeitervertreterwahl vom April stellte er zwei Anträge, die den neu gewählten roten Betriebsrat, Genossen Weiser, ein für allemal erledigen sollten. Arbeiter, Kameraden von „Walters Hoffnung“! Die Wahl vom 18. März ist angefochten. Die Wahl ist ungültig, weil Rätter den gesamten Betrieb als Stützpunkt hat. Der roten Einheitsliste werden die Arbeiterhaft! Auf zur neuen Wahl, beiseite die Schädlinge der Arbeiterhaft!

Ausschlüsse — die Bonzenpreis auch im Bodmühl Fändchen

U.A. Die sozialdemokratische SPD-Leitung Bodmühl hält es nicht einmal mehr für notwendig, die Bestimmungen des Verbandsstatuts zu beachten. Doch ehe die rote Liste zur Betriebsratswahl im Laufhammer zum Ausschlag kam, wurde der Kollege Böhm aus dem Verband ausgeschlossen, außer ihm der Kollege Linsen, der auf der roten Liste befördert ist und dort befördert. — Und redlich bemüht hat sich die kleine Bonzenliste des Bergarbeiterverbandes, den Kollegen Herzog zu bewegen, nicht die rote Einheitsliste zu fördern bzw. seine Kandidatur auf dieser zurückzuführen. Und weil das nicht gelang, ergriff die rote Einheitsliste den man schon vorher besprochen, weil er in einer Versammlung dem Willen der Mehrheit Rechnung trug und einem Kollegen der RGO sprechen ließ, beantragt hatte. Die Schädlinge der Arbeiterhaft verbinden sich im Kampf gegen die SPD, aber können es nicht ändern. Der rote Kampf der RGO-Anhänger macht, Arbeiter des Fändchens! Noch schneller, noch stürmischer unser Tempo, alle müßt ihr Werber sein für die RGO und für die SPD.

Streit hilft gegen Maßregelungen

Landarbeiter auf dem Rittergut Kretschow (Kreis Weiskirchen) rüft erneut zum Kampf!

Auf dem genannten Rittergut traten die Landarbeiter in den Streit, weil der Besitzer v. Lübecker denselben in der Woche vom 18. März 1 Fernmig zum Stundenlohn in Abzug brachte. Die Besatzung des Rittergutes verweigert, trotzdem wurden die Baufrachten freilich entlassen, nachdem die Besatzung wieder zur Arbeit zurückgekehrt war. Vor dem Arbeitsgericht, an das sich die Entlassenen gewandt hatten, wurde von dem Vertreter des Unternehmers geltend gemacht, daß die Kläger einen mitleidigen kommunikativen Streit durchgesetzt hätten, aber können es nicht ändern. Der rote Kampf der RGO-Anhänger macht, Arbeiter des Fändchens! Noch schneller, noch stürmischer unser Tempo, alle müßt ihr Werber sein für die RGO und für die SPD.

Landarbeiter! Wollt ihr zusehen, wie eure Kollegen, die ihr zur Führung der Verhandlungen beauftragt habt, gemahndet werden? Das darf nicht im Interesse der Kollegen sein. Darf verfahren ebenfalls die Baufrachten den Lohn abzubauen. Durch das gemeinsame Zusammenstehen der Kollegen ist der Lohnraum vergrößert. Sollte das in Reichweite nicht auch möglich sein? Söhnt euch im roten Einheitsverband zusammen. Auf die Landarbeiterbewegungen könnt ihr euch nicht verlassen, denn die Arbeiter im Interesse der Baufrachten, kämpft und verbindet die Maßregelungen!

Dehlfischer Kartellgrößen themen das Licht der Welt

Vertagung der Sitzung wegen der RGO

U.A. Die Angst der Delegierten des Dehlfischer Gewerkschafts-Kartells kam in der letzten Kartellsitzung so richtig zum Ausdruck. Es hatten sich mehrere Gewerkschaftsdelegierte die Dringlichkeit erlaucht, als Gäste an der Sitzung teilzunehmen. Diese Kollegen stehen zur revolutionären Gewerkschaftsopposition, und es ist verschiedenen Kartellmitgliedern unangenehm, daß ausgerechnet solche Kollegen die Arbeit des Kartells kontrollieren.

Der „Rechtliche“ Schirmer von der SPD ließ es überfallen, auf Anruf von Traudler (getrauer Handwerker) zur Besprechung zu sprechen. Er sagte, daß die RGO-Anhänger in der Sitzung zugegen seien, und das konnte sich das Kartell nicht gefallen lassen. Er beantragte, daß die Anhänger der RGO zu

verschwinden hätten. Für Gehhardt als Obermeister des Kartells, war das ziemlich unangenehm; man konnte ihm das am Besten ablesen. Aufjammern als Freund Gehhardts wollte die unangenehme Situation retten, fand jedoch bei seinen Freunden der SPD keinen Anklang. Es mußte zugegeben werden, daß die erschienenen Gäste noch rechtmäßige Mitglieder der Gewerkschaften sind.

Auf den Kollegen Voigt hatte man es ganz und gar abgesehen. Bruno Schmidt (wer ihn kennt, taugt ihn nicht) wollte die schwersten Geschäfte aufheben, um den Kollegen Voigt aus der Sitzung loszuwerden, denn mit der Wahrheit nimmt es nicht so genau. Er ließ dabei parieren an und schloß die Sitzung, mit 11 gegen 8 Stimmen beschloß die SPD mit einigen Brandstiftern, den Kollegen Voigt hinauszuwerfen. Der bekannte Otto Völler unterließ die „Rechtliche“ Schirmer. Beschlossen war es, aber was nun? Der Kollege Voigt räumte auf der Schindlöhler im das sich natürlich nicht. Gehhardt mußte sich in hängender in die Beschlüsse. Es kam der Antrag, die Sitzung zu vertagen. Darüber waren die Brandstifter sichtlich erfreut. Das konnten auch alle Bedauerungen Bogners nicht verwirren. Mit 15 gegen 5 Stimmen wird die Vertagung beschlossen. Wie bei der ersten Abstimmung, so entschieden sich auch in dieser Abstimmung ein großer Teil der Delegierten der Stimme. Bei ihnen scheint Mut nicht zu den besten Eigenschaften zu gehören. Der Gang der Sitzung zeigte, daß die SPD genau so wie im Konsumverein Appetit auf Völler bekommen hat, denn die SPD hatte ebenfalls Vorschläge zur Vertagung gemacht. Darüber gab es natürlich recht verdauliche Gespräche bei der Familie Brandler, und sie war heifrig, daß die Vertagung zustande kam. Diese Sitzung hat gezeigt, daß auch die Dehlfischer Kartellgrößen das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

Nach den roten Erfolgen in der Papierindustrie

Sturmtempo für den Sturmplan!

Die Betriebsrätemahlen in der Papierindustrie in der insgesamt um 4000 Arbeiter beschäftigt sind, brachten der RGO einen wesentlichen Erfolg. Die SPD-Streitkreditor-Kontrakte sowie die gelben Stimmplausen aus den Werksbetrieben und dem Stahlhelm wurden geschlagen und zum Teil aus ihren Machtpositionen vertrieben. Es erhielten von abgegebenen gültigen Stimmen:

RGO	Reformisten	Gelbe
743 oder 40,8%	840 oder 46,3%	236 oder 12,9%

Im letzten Jahre konnte in nur einem Betrieb eine rote Liste aufgestellt werden, während es in diesem Jahre fünf waren. In der Reihe der Ergebnisse fällt insbesondere das von der Größtberger Papierfabrik aus. Lediglich die Bonzen gemeinsam mit der Betriebsleitung und den Gelben hier Himmel und Erde nach dem Streik in Bewegung setzten und die 400 gemahndeten revolutionären Arbeiter durch Reichsbannerleute, Gemerkeloffizier und Stahlhelmer ersetzt

Der politische Massenstreik am 1. Mai

muß jetzt schon vorbereitet werden

In allen Betrieben, Büros, Stempelstellen, in allen Orten faßt Beschlüsse auf vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai

Bildet überall Mai-Komitees!

Organisiert überall den Massen-Aufmarsch zum roten Kampf-Mal für Arbeit, Brot, Freiheit und Macht

wurden, gelang es demnach nicht, die RGO zu schlagen. Die RGO blieb mit 203 Stimmen gegen 147 der Reformisten und 109 der Gelben die stärkste Partei. Die langen Gesichter der reformistischen Katastrophen im Betrieb nach der Wahl lehren, daß die Größtberger Papierproleten den SPD-Streitkräften zuzuhilfen kommen und die 1111 richtig gemacht haben. Das sonst so reibstige Polizeigewalt in der Arbeiterfrage, das „Poltsch“, hat vor Schreck die Sprache verloren. Die roten Erfolge in der Papierindustrie sind eine glänzende Bestätigung für die Richtigkeit der Streikstrategie und Taktik der RGO.

Der kraftlos gestiftete Anmarsch durchsack in fühnem Anmarsch in die diesen Industriezweig schon seit Jahren herrschende Grausamkeit und führte — trotz seines anfänglichen negativen Ausganges — zu dem großen politischen Erfolg bei den Betriebsrätemahlen.

Die RGO im Vormarsch

Dieses Bewußtsein beherrschte die Delegierten der zweiten Papierbetriebskonferenz, die nach dem Referat des Genossen H. Sander in offener bolschewistischer Sprache, Erfolge, Fehler und Mängel der Arbeit in den Betrieben unterwies. Die Werbung für die RGO entspricht trotz einiger Leertafelwerke bei weitem nicht den vorhandenen Werbemöglichkeiten. Im Sturmtempo müssen die Schwächen beseitigt und durch Massenwerbung für die RGO sowie durch Schaffung wirklich arbeitsfähiger, völlig selbständiger RGO-Leitungen und eines aktiven RGO-Werksratsmännerkörpers die roten Erfolge bei den Betriebsrätemahlen verankert werden. Die RGO-Werksratsgruppen in der Arbeiter-Papierfabrik hat erste einen Werksratsmännerkörper geschaffen, ein Erfolg, der in diesem vom Werksrat vertrieben werden unterfrachten werden muß. Die Worte des Betriebsleiters Schmidt von der Papierfabrik Muldenstein im Anknüpfung an die Betriebsratswahl: „Wenn ich gemüß

Sowird der Sturmplan der RGO erfüllt!

Die Genossin Ella Seidel machte in einer Versammlung der RGO in Zeit 20 Aufnahmen (Frauen) für die RGO. Das sind die Anfänge zur Erfüllung des Sturmplanes und Schaffung von Hausfrauengruppen, die in die Kampffront der Arbeiter gehören.

Die Lohnfrage des Mannes ist die Brotfrage der Frau und der Familie.

Werb, agitiert, erfüllt den Sturmplan!

Kein Schacht darf auf der Bezirkskonferenz fehlen

Nachdruck im Braunkohlenbergbau. Schon haben die Verhandlungen stattgefunden, schon verhandelt Gräbe, Kets, Wolfgramm und Reddigau, Lohme und Andreas den Bergarbeitern die Notwendigkeit des Lohnraubs beizubringen. Kumpels! Wehrt euch gegen diese neuen Schandmaßnahmen, sendet Delegierte zur Bezirkskonferenz, die sich mit dem Lohn- und Knappheitsraub befaßt und die am 19. April in Halle stattfindet. Folgende Betriebe melden bereits Delegierte:

Großhild-Schacht, Pflanzerschl., Elise II, Elisabeth, Paul I und Grube Leopold. Viele Gruben haben schon gewährt, aber noch nicht gemeldet. Kumpels, handelt! Kein Schacht darf auf der Konferenz fehlen!

Kollege Jungarbeiter!

Wo stehen die Berichte aus Unterbezirken und Ortsgruppen über die Durchführung der roten Tage der Jugend-RGO? Veranlasse deine Leitung, falls diese ihren Pflichten nicht nachkam, zur Klärung von allen Versammlungen, ihrem Verlauf und ihren Erfolgen!

hätte, daß so viel Kommunisten im Betrieb waren, dann hätte ich aufgeräumt und einige rausgeschmissen!“ finden ihre richtige Antwort in der Nachabnahme des Beispiels der Merseburger Papierproleten.

Ein aktiver Funktionär der RGO in jedem Betrieb ist die beste Rückendeckung für alle roten Betriebsräte, der liberale Schatz vor Mächtigkeiten, aber auch das wichtigste Organ zur Vorbereitung und Auslösung eines Streiks.

Um die im Sturmplan gestellten Betriebsziele schnellstens zu erreichen, beschließen die Delegierten einstimmig den Beschluß revolutionärer Wettbewerbe. Es treten in Wettbewerb:

1. Merseburger Papierfabrik gegen Weiskirchner Papierfabrik;
2. Größtberger Papierfabrik gegen Muldensteiner Papierfabrik;
3. Weiskirchner Papierfabrik gegen Ammendorfer Papierfabrik;
4. Bitterfelder Papierfabrik gegen Zwickauer Knappensfabrik;

Die revolutionären Wettbewerbe haben folgende im Sturmplan gestellten Aufgaben zum Inhalt:

1. Mitgliederwerbung;
2. Brothilfenvertrieb;
3. Umgehensweise für die RGO-Preise;
4. Aufbau des RGO-Funktionärskörpers;
5. Bildung von Stützbrigaden.

„Man mit den Brotschürern an die Massen!“

„Stützbrigaden an die Arbeit!“ Folgende Anzahl von Brotschürern verschiedenen Inhalts muß bis zum 15. Juni 1931 durch die einzelnen Betriebsgruppen verkauft werden:

Betrieb	Anzahl	Betrieb	Anzahl
1. Größtlich Papier	150	6. Weiskirch Papier	50
2. Ammendorf Papier	150	7. Bitterfeld Papier	50
3. Merseburg Papier	180	8. Zwickauer Knappens	30
4. Weiskirch Papier	200	9. Ammendorf Knappens	30
5. Muldenstein Papier	160		

Die Arbeiter hungern nach unseren Brotschürern, die wie „warme Semmeln“ abgeben, wenn sie nur richtig angeboden werden, und in vielen Fällen einen harten Boden auflockern für eine erfolgreiche RGO-Werbung.

Umfassungssteuerung der RGO-Presse

Steigerung der Verkaufszahl und der Mitgliedszahl des „Arbeiterboten“ bis zum 15. Juni:

Betrieb	Anzahl	Betrieb	Anzahl
1. Größtlich Papier	280	6. Weiskirch Papier	80
2. Ammendorf Papier	200	7. Bitterfeld Papier	80
3. Merseburg Papier	200	8. Zwickauer Knappens	30
4. Weiskirch Papier	350	9. Ammendorf Knappens	30
5. Muldenstein Papier	200		

Um die Aktion „Sturmtempo für den Sturmplan“ in die Tat umzusetzen, beschließen die Delegierten einstimmig die Bildung von besonderen Stützbrigaden in allen Betrieben.

Stützbrigaden schafft Beispiele!

Ueberzeugt die Mitstündigen! Reißt die Schwankenden mit Schloß den Geiseln!

Betrieb	Stützbrigade	Beispiel
1. Größtlich Papier	2	1
2. Ammendorf Papier	2	1
3. Merseburg Papier	2	1
4. Weiskirch Papier	3	1
5. Muldenstein Papier	2	1
6. Weiskirch Papier	1	1
7. Bitterfeld Papier	1	1
8. Zwickauer Knappens	1	1
9. Ammendorf Knappens	1	1

Stützbrigaden müssen sich im Rahmen der Sturmpläne, ihres Betriebes für bestimmte längere Zeiten besondere Aufgaben stellen und auch untereinander revolutionäre Wettbewerbe abwickeln. Die Erfolge der Stützbrigaden werden sowohl im „Massen-kampf“ veröffentlicht. Es, und nun

Werb an die Arbeit!



So denken die „linken“ sozialfaschistischen Betrüger und Demagogen „1. Mai - Feiertag für eigene Herzensbedürfnisse“

Herrn Bergholz, der Dame Toni Sender und den anderen „linken“ Sozialfaschisten bubbert das Herz vor Maiwonne - SPD-Arbeiter, reißt euch in die rote Mai-Kampffront ein!

Die Sozialdemokratische Partei gibt eine besondere Frauenzeitung die „Frauenwelt“ heraus, in deren Ausgabe vom 18. April 1930 folgender Ertrag zu lesen war:

An den hohen Feiertagen wird vielen, die nicht mehr kirchlich sind, vieler des Christentums (nämlich des Christentums, D. Red.) bewußt. Über ein Jähren dafür, daß das Christentum in ihnen, trotz ihrer herrlichen Symbolik, nicht mehr Genüge findet ist es doch für seine eigenen Herzensbedürfnisse (!) einen eigenen Feiertag schaffen mußte: den Weltfeiertag am 1. Mai. Auch das ist ein Frühlingsfest wie Ostern und genau so mit alter Heberlieferung erfüllt: Ihm geht die Waldspinnstunde voraus, in der sich der einseitige Geist ausstößt. Und ist es auch ein Fest des christlichen Geistes, weil es gerade die Gebanten verheißt, die Christus selbst verkündete: Die Gleichberechtigung der Menschen, die Verbrüderung der Völker, die gegenseitige Hilfe.

Dieser Artikel, aus dem wir die obigen Zeilen entnahmen, ist von der „linken“ Toni Sender geschrieben worden. Das magen diese „linken“ Arbeiter in einer Stunde schärfer Kulturkritik und in der Zeit des stets frecher dorkelnden Kulturfaschismus zu bieten. Sie schreiben das in dem Moment, wo die Vertreter der Kirche, das Zentrum in der Reichsregierung durch Unterstützungsrund und heutige Massenveranstaltungen praktisch demonstrieren, wie es die gegenseitige Hilfe aussieht, einen demütig hochansehen Sühnen!

Wer freilich, die Sozialfaschisten können feiern, denn sie haben es geschafft. Die Arbeiter denken aber anders. Ihnen ist der 1. Mai kein Feiertag, an dem man sich nach der Manier linker „linker“ sozialfaschistischer Späher ausruht, sondern den Arbeitern ist der 1. Mai der internationale Kampftag des Proletariats, an dem es keinen Kampftag gegen Faschismus, Hunger, Diktatur und Lohn- und Steuerraub befürchtet.

In diesem Sinne organisieren die Werktätigen den 1. Mai jetzt allerorts als Kampftag der Massen.

So sieht die „Fürsorge“ für lungenkranke Arbeiter aus!

U.A. Schiele. In der Heilstätte Schiele der Innobinden-Berufsgenossenschaft Sächsen-Anhalt herrschen zur Zeit unbehagliche Zustände. 160-170 Lungenkranke sind in der Lungenheilstätte untergebracht. Für diese Opfer der Proletariatskämpfe steht ein einziger Arzt zur Verfügung. Es ist selbstverständlich, daß dieser eine Arzt ungenügend alle Kranken beobachten kann, wie es in einer Heilstätte notwendig wäre. Unverantwortlich ist es von Seiten der Berufsgenossenschaft, hier an Ausgaben zu sparen. Gerade die Lungenkranke bedürfen auf schnellstem Wege der ärztlichen Hilfe.

Wir Kranken in Schiele bemerken, daß der Arzt, der hier ist, sich die allergrößte Mühe gibt, um den Anforderungen, die an ihn gestellt werden, gerecht zu werden. Aber es ist unmöglich, daß ein Arzt für drei arbeiten kann. Soviel Ärzte müßten nämlich hier in der Heilstätte Schiele sein. Die Berufsgenossenschaft macht sich

anscheinend gar nichts daraus, das Leben der Kranken aufs Spiel zu setzen. Wahrscheinlich herrscht auch bei ihr die Ansicht aus dem ehemaligen Ministers-Brot, daß 20 Millionen Menschen zumal in Deutschland sind. Wenn die Berufsgenossenschaft den Ärzten ein anfängliches Gehalt zahlen würde, dann würden sich bestimmt auch geeignete Kräfte für die Lungenheilanstalt zur Verfügung stellen. Aber hier scheint man ebenso zu quetschen wie bei der Invalidenrente.

Wir Kranken fordern, daß diese Zustände geändert werden. Es ist vorzuziehen, daß heftigere Kranke zwei bis drei Tage im Fieber gelegen haben, ehe der Arzt seine Visite machen konnte. Schon seit Monaten fehlt eine Stationschwester. Auch hier ist Rationalisierung absolut nicht am Plage. - Eine bessere Kost können die Kranken unbedingt verlangen. Es ist nur zu bemerken, wie es dem Küchepersonal möglich ist, einen solchen Einheitsbrei, wie er den Kranken geboten wird, zusammenzurühren. Wenn es abends hering gibt, dann gibt es am anderen Tage nichts zum Frühstück. Wahrscheinlich ist das das Frühstück schon mit im Abendbrot enthalten.

Die Kranken werden sich auf die Dauer solche unbehagliche Zustände nicht gefallen lassen. Jedenfalls sind Lungenheilstätten, in denen solche Zustände wie in Schiele herrschen, nicht geeignet. Kranken die Gesundheit wiedergzugeben oder Binderung ihres Lebens zu verschaffen.

Selbstmordversuch einer Hausgehilfin

Mienburg. Eine bei einem hiesigen Landwirt beschäftigte Hausangestellte gerahmt sich in selbstmörderischer Absicht die Pulsadern und nahm außerdem Gift. Man brachte die Lebensmüde ins Krankenhaus. Lebensgefahr soll nicht bestehen.

Selbstmord und Selbstmordversuch in Stendal

In einem hiesigen Kaffee nahm ein junges Mädchen Gift zu sich. Es wurde nach dem Stendaler Johanniter-Krankenhaus gebracht, wo es verstarb. Was die Unglückliche zu dem Selbstmord bewegen hat, wird zwar nicht gemeldet. Mögliche Veranlassung war der Sorgen des Vaters als aber wahrscheinlich.

Mit Anfall vergiftet wollte sich ein bei einem Landwirt in Dehnen im Kreise Stendal angestelltes Dienstmädchen, angeblich, weil ihr gekündigt werden sollte. Auch sie wurde in dem hiesigen Krankenhaus nach dem Johanniter-Krankenhaus gebracht.

„Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Späßen...“

In Domsleben bei Magdeburg mußte am Sonntag der Gottesdienst ausfallen, da Küster und Kantor die einzigen Personen waren, die in der Kirche erschienen waren. Es braucht wohl nicht erst besonders betont zu werden, daß es sich dabei keineswegs um einen Einzelfall handelt, sondern daß sich die breiten Volksmassen immer mehr dem Einfluß der Kirche losreißen. Sie sehen ja auch immer deutlicher ein, daß die „Seelsorger“ nur dazu da sind, damit die Massen nicht konsequenz für ihre materiellen Bedürfnisse fordern.

Ein tödlicher Verkehrsunfall ereignete sich in diesen Tagen in Mittenberg im Kreise Eisenberga, wo der Arbeiter Arnold mit seinem Fahrrad in einen Lastkraftwagen hineinfiel, wobei er stürzte und sich einen schweren Schädelbruch zuzog.

Unterstützt den Streik der Bauarbeiter gegen Lohnraub!

Organisiert die Solidaritätsaktion der ZNS! Verhindert die Streikbruchorganisation und Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialfaschisten!

Begleitet die Solidarität, die die Bauarbeiter in euren Kämpfen geißt haben! Helft schnell, führt energisch die Sammelaktion durch! Organisiert Sammelaktionen der ZNS, mobilisiert die Solidaritätsausschüsse!

Der Kampf der Bauarbeiter ist euer Kampf!

Revolutionärer Wettbewerb zur Stärkung des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter

Die Ortsgruppe Remsdorf im Unterbezirk Merseburg beschloß in einer öffentlichen Versammlung, der Ortsgruppe Querfurt ein Wettbewerbsangebot zu machen. Bis zum 15. Mai sollen die Mitgliedschaft der Partei und die Zahl der „Klassenkampf“-Lektoren verdoppelt sein.

Des weitern vertragen die klassenbewußten Arbeiter von Remsdorf, alle Kräfte anzupressen, um die Landarbeiter des Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter auszuführen.

Der Beschluß der Arbeiter in Remsdorf ist deshalb so bedeutungsvoll, weil bisher die ganze Gewalt von den Nazis und vom Stahlhelm beherrschte war. Er ist ein wichtiger Vorstoß zur Gewinnung der Landarbeiter für den proletarischen Klassenkampf und der wertvollen Landbevölkerung überhaupt für die Bolschewiki gegen den Faschismus.

Mit der Kasse durchgegangen

Es vergeht jetzt fast kein Tag, an dem die amtlichen Stellen nicht gezwungen wären, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß in ihren Betrieben Diebstahlverbrechen vorgekommen sind. Das hat keine Ursache mit darin, daß man Abnahmungskommissionen statt Kontrollkommissionen geschaffen hat, die wohl die untersten Beamten abhauen, die obersten Beamten aber schonen.

Es wird gemeldet, daß bei der Reichsbahn-Station Ostelitz Leipzig-West, Hauptbahnhof, am Dienstag erhebliche Unterschlagungen aufgedeckt wurden, von denen man annimmt, daß sie mindestens 12000 Mark betragen. Wenige Tage später wird sich herausstellen, daß die Summe dreifach so hoch ist, denn die Unterschlagungen lassen jetzt schon erkennen, daß diese Unterschlagungen längere Zeit zurückliegen. Die Behörden hätten überhaupt nichts gemerkt von dieser Kleinunternehmensklage, wenn der betreffende Reichsbahnbeamte, Fritz Holzweilig aus Leipzig-Gutritsch, nicht seiner Dienststelle ferngeblieben wäre.

Deffauer Naziprovoкатeure belamen eine Abreibung

als sie kürzlich in der Stadt umherzogen und dabei Deffauer Arbeiter auf das freche provozierten. Sie kamen aber bei den kommunistischen und auch bei den Reichsbahnarbeitern an die falsche Abreibung und wurden mit blühigen Köpfen zurückgewiesen.

Frauen in Not

Berichtet von Carl Crede

Copyright: Walter Scholz Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburger Str. 6, 21. Fortsetzung.

Wir dagegen sind wohl alle der Ansicht, daß der § 218 befreit werden muß. Ohne ihn würden Hilde, Therese und Toni und unzählige andere unglückliche junge Mädchen, ihre Schwangerschaften, die diesen Lebensweg ausgingen sind und noch gehen werden, noch unter uns sein und bleiben als gesunde feilsche Gattinnen und Mütter.

Darum weg mit dem Paragraphen, werft das Scheusal in die Wolfshaut!

FRAÜLEIN ANNE SCHULZE

Sie starb nicht, sie verendete wie ein krankes Tier im Winkel. Fräulein Anne Schulze war ein ungemein qualitatives Mädchen. Ihr Vater besaß ein kleines gutgehendes Geschäft in der Provinz. Anne hatte eine vorzügliche Schulbildung genossen, sogar auf dem Lyzeum war sie gewesen. Dann ging sie auf eine Handelshochschule, und dort hatte sie sich in der kaufmännischen Buchführung ausgebildet. Danach trat sie in die Dienste eines großen Tiefbauunternehmers in einer Kleinstadt. Der Besitzer, wenig gebildet und im Kriege reich geworden, fröhlich und nicht mehr jung, ließ sie in seinem Betriebe rasch aufsteigen, und nach vier Jahren wurde sie schon Prokuristin.

Wenn man dieses Mädel kennenlernte, konnte man gar nicht ahnen, wie tüchtig sie in ihrem Berufe war; denn in ihrer Freizeit trat sie recht flott und elegant auf. Sie war hoch gewachsen und auffallend hübsch, dehnbar schon zu nennen. Da sie viel verdiente, konnte sie sich sehr nett kleiden und fiel überall angenehm auf. Eine gewisse Wohlhablichkeit, vielleicht war es auch kluge Zurückhaltung und Bewußtsein des eigenen Wertes, hatte Anne bis zum 26. Jahre durchs Leben gehen lassen, ohne daß sie irgendein Abenteuer erlebt hätte. Die letzte die eines Tages einen älteren, blühenderen Junggesellen kennen, einen höheren Beamten im höchsten Dienst. Der langweilige

sich fürchterlich in dem kleinen Koff und war froh, im Verkehr mit Anne eine Abwechslung zu finden. Mehr war es eigentlich nicht für ihn, obwohl das hübsche Mädchen ihn auch sexuell reizte; aber er war ein kalt empfindender und eigentlich ein gefühlloser Mann, der sich entschlossen war, seine Junggesellenfreiheit keinesfalls zu opfern. Er pflichtete eben nur die Blumen an Wege, soweit dies ohne Gefahr für seine Freiheit möglich war. Anne dagegen verliebte sich in ihn. Vielleicht war es gerade seine kühle Ruhe, dann auch eine gewisse vornehme Abgelassenheit seines Wesens, die allerdings nur äußerlich bestand - dann seine gute Erziehung, was Anne anzog.

Es kam, wie es kommen mußte, leider zu seiner Verlobung, sondern zu einem Bruch. Es muß selbstevident werden, daß die Beteiligten dabei sehr klug und taktvoll vorgehen; sie wählten sogar in der kleinen Kleinstadt den Ort ihrer Beziehungen so zu verstellen, daß niemand etwas Positives erfuhr.

Diese verstorbenen Liebesfreunden konnten jedoch Anne nicht recht befriedigen, ihr weibliches Empfinden sagte ihr immer wieder, daß die Zuneigung des Mannes zu ihr nur oberflächlich war, während sie sich ihm in höchster Leidenschaft hingeben hatte und immer wieder hingab. Es ist eben immer gefährlich, wenn temperamentvolle Menschen ihre Triebe zu sehr einbäumen. Das innerliche Feuer bricht dann plötzlich aus und verbrennt, anfangs zu wärmen.

Eines Tages sah der Herr Baurat, der von Anne geliebte Mann, im Klub der kleinen Stadt trübselig bei einer Flasche Wein. Ein Freund vermittelte ihm ins Gespräch: „Was hast du denn?“ Da bist ja derartig verstimmt seit ein paar Tagen, hast du Sorgen?“

„Ja... allerdings, es ist mir lieb, daß du mich anredest, ich möchte mich gern mit jemand aussprechen.“ Und dann begann er zu erzählen. Er nannte ruhig Annes Namen, nachdem er vorher seinen Freund zur Verschwiegenheit verpflichtet hatte. Er klagte darüber, daß er nicht wieder loskommen könne von ihr, obwohl seine Gefühle zerfallen seien, und daß manchmal der Jähzorn, mit ihr zusammen sein zu müssen, ihn jetzt förmlich quäle und ihn in einen Zustand nervöser Ueberreizung bringe, dem er gar nicht beikommen könne.

„Das Mädel tut mit dabei leid, sie freut sich immer so ungeheuer auf jedes Zusammensein mit mir, und ich muß mich dagegen unfähig befehligen, um wenigstens äußerlich die Form

zu mahnen und den Diebstahlswürdigen zu spielen.“ - „Ich weiß schon“, sagte er mit abnehmender Sandbewegung, als der Freund weiter machte, ihn zu unterbrechen. - „Ich weiß, viele Männer würden mich beneiden um die Zuneigung dieses prächtigen, geliebten Geschöpfes, das ein so warmes Herz hat und mich mit einer Leidenschaft liebt, die mir manchmal geradezu Angst macht.“ Der Freund meinte: „Herrgott, dann bring doch mit ihr, wenn du dir nichts mehr aus ihr machst. Gerade Anne hat doch Stolz und einen guten feinen Frons!“ Sie wird den Bruch überwinden.“ „Das ist es ja gerade, was mich so toben macht; das geht nicht mehr so leicht. Ich hatte schon dafür geglaubt, daß mir uns leichter trafen. Ich hatte unsere Gefühle gemeinsam auf Eis gelegt und wollte ihr gerade in einem vernünftigen netten Briefe schreiben, warum unsere Wege sich trennen müßten, aber gerade jetzt, - es ist zu ärgerlich, es ist fatalistisch!“ - „Was denn?“ forschte der Freund. „Sie - nun, nachdem ich dir jetzt erzählt habe, sollst du auch alles wissen, sie - eröffnete mir vor einigen Tagen, sie sei in anderen Umständen.“ „Donnerwetter! Das ist peinigend!“ sagte der Freund, „ja, dann wird dir eben doch weiter nichts übrig bleiben, als sie zu heiraten.“ Das Mädel ist aus anständiger Familie, du hast sie als Jungfer bekommen, wenn ich nicht irre, und Baurat nicht zulassen - dann mußt du ihr die Ehre wiedergeben und das Kind legitimieren.“ „Reiß doch nicht so einen Blödsinn!“ Wie denkst du dir denn das? Willst du mir vielleicht zumuten, ich soll eine Ehe auf einer Aue aufbauen? Ich liebe sie doch nicht, habe sie vielleicht nie geliebt! Da müßten wir doch nur alle beide unglücklich werden, nein, das geht nicht.“ „Ja, aber das ist doch ein so tolleles Mädchen, hast du sie denn gar nicht ein bißchen lieb?“ Der Baurat wird unwillig: „Bitte verlohne mich nicht mit solchen Sentimentalitäten, ich kann mich doch nicht ändern, ich bin nun mal so. Ich bin kein Freund von Emotionen und Gefühlen, darum bin ich auch nicht zum Ehemann geschaffen. Das macht wohl meine harte Jugend, wohl die Erbfolge. Meiner Vater und mein Großvater waren genau so bedächtige, kühle Leute, die ihre Frauen rechtlos unglücklich gemacht haben, wenn sie äußerlich auch immer tadellos dastanden. Es ist ganz gut, wenn so veranlagte Menschen aussterben.“ „Ja, was willst du denn nun machen?“ „Ja“, meint der Baurat, „die Sache muß eben beseitigt werden!“ Der Freund erwidert:

Fortsetzung folgt.



Rund um den Erdball

Der dritte Tag der „Weltsensation“ wieder in voller Öffentlichkeit

Die geretteten Opfer des Massenmörders als Zeugen

Das Verlagen der ganz auf Kommunistenfäng gedrickten Kriminalpolizei

Düsseldorf, 15. April. Für den dritten Verhandlungstag im Prozeß gegen den Düsseldorf-Massenmörder wird eingangs die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Da die Vernehmung Kürtens über die Beweggründe zu seinen schrecklichen Taten beendet ist, sollen nunmehr die ersten Zeugen vernommen werden. Nach kurzer Verhandlung wird beschloffen, zunächst die Mordfälle Christine Klein und Noia Ohlinger zu behandeln. Da die Bluttat an der Christine Klein 18 Jahre zurückliegt, sind allein zur Aufklärung dieses einzigen Falles 12 Zeugen und drei Sachverständige geladen.

„Haben Sie niemals Reue empfunden?“

Nach dem der Zeugenaufruf beendet war, erhob sich der Gerichtsoffizier, um Kürten zu fragen, ob er niemals Reue über seine Taten empfunden habe.

Kürtens: Ich verweigere, daß ich besonders über die unglücklichen Kinder das tiefste Bedauern empfinde. Ich habe nur alles so ruhig erzählt, weil ich nicht weiß, wie es ausgeht wird.

Wartknecht: Sie haben uns falsch verstanden. Ich meine, ob Sie damals bei Ihren Taten nicht Reue empfunden haben.

Kürtens: Nein, das nicht.

Bei der nun folgenden Vernehmung der Sachverständigen und Zeugen zeigt sich Kürten äußerst interessiert. Hin und wieder macht er sich Notizen. Der Kölner Gerichtsarzt Prof. Klempel, der die Obduktion der Leiche der Christine Klein ausführte, bekundete, daß der Tod des Kindes durch Verbluten eingetreten sei. Es war ein großer Halschnitt vorhan-

„Schrei soniel du willst...“

Die Vernehmung des Kriminalrat Mobergt, des Leiters der Düsseldorf-Kriminalpolizei, offenbarte dann in aller Deutlichkeit das geradezu skamable Verlagen dieser ganz und gar auf Kommunistenfäng gedrickten Ordnungsbücher. Ausführlich mußte er berichten, wie die Polizei nur durch einen Zufall auf das von Kürten vergewaltigte Dienstmädchen Budiles fiel. Das Mädchen hatte in einem Brief an eine befreundete Familie diese Vergewaltigung geschildert. Durch eine fehlerhafte Adressierung war der Brief jedoch in die Hände der Kriminalpolizei gekommen. Als Zeugin vernommen, bestrich dann das Mädchen ausführlich, wie sie von Kürten in seine Wohnung gelockt wurde. Dort verlangte er von ihr Intimitäten, die sie ihm aber verweigerte.

Sie verlangte nur von ihm, daß er sie in ein Mädchenheim führe. Zärtlich fuhr er mit ihr in der Strafendahn, aber statt sie nach dem Heim zu bringen, führte er sie nach der sogenannten Wolfsschlucht, wo er sie vergewaltigte. Als das Mädchen schrie, erklärte Kürten: „Schrei soniel du willst, hier hört Dich keiner“. Befinnungslos blieb die Ueberfallene liegen. Nach einigen Stunden raffte sie sich aber auf und gelangte schließlich in das Gertrudenheim, wo sie den Ueberfall schilderte. Vier Tag sie eine Woche lang krank an dem. Von hier aus schrieb sie den Brief, dessen falsche Adressierung dann endlich zur Festnahme Kürtens führte.

Auf den Spuren des Massenmörders

Kriminalrat Mobergt: Ich schickte nach der Vernehmung der Budiles zwei Beamte los, um das Haus zu ermitteln. Die Budiles liegt in der Vangestraße aus, wußte aber nicht Bescheid. Sie sagte, es kann sich vielleicht um die Melmannner Straße handeln. Auch dort wurden einige Häuser revidiert, schließlich auch das Mörderhaus Melmannner Straße 71. Aber auch hier verlief die Suche ergebnislos. Um 1/2 Uhr schickten wir die Budiles wieder in das Gertrudenheim und sagten ihr, sie solle gegen 5 Uhr nachmittags zum Polizeipräsidium kommen. Die Budiles machte sich nun allein auf den Weg. Während sie die Melmannner Straße zur Straßensbahnhaltestelle ging, ließ sie wieder auf Frau Sage, die sie aufforderte, noch einmal mit in die Wohnung zu kommen.

In der Wohnung war ein Fräulein Wimmer anwesend, die neben Kürten wohnte und erklärte, daß Kürten früher schon öfter Mädchen mit in die Wohnung gebracht habe. In diesem Augenblick kam Kürten aus seiner Wohnung, um im Flur Wasser zu holen. Die Budiles sah ihn, erklärte aber, er sei es nicht. Kürten hatte jedoch die Budiles erkannt und verließ sofort die Wohnung. Fräulein Wimmer schrieb nun auf einen Zettel den Namen „Peter Kürten“ und schickte die Budiles damit zur Polizei. Dort stellte man fest, daß es sich um einen Verbreckrafsten handelte. Am nächsten Morgen schickte man eine Streife in die Wohnung, die aber verschlossen war. Weiter wurde Frau Kürten inwieweit in ihrer Arbeitsstelle aufgesucht, um von ihr etwas zu erfahren. Als Frau Kürten wieder mit ihrem Mann zusammentrat, sagte sie zu ihm: „Was ist das mit dem Mädchen?“ Kürten antwortete:

„Das habe ich getan.“ Bei einem längeren Spaziergang erzählte er seiner Frau auf deren Drängen alles. An diesem Abend ging Kürten nicht mehr nach Hause, machte aber mit seiner Frau für den nächsten Tag einen Treffpunkt am Roschusplatz aus. Nachts um 1/2 Uhr wurde Frau Kürten auf das Polizeipräsidium geholt und verweigerte erst die Aussage. Schließlich gestand sie alles ein, auch ihre Verabredung mit ihrem Mann. Am nächsten Tag wurde ein großer Beamtenapparat in den Karrierwohnungen der Häuser am Roschusplatz unter-

gebracht. Kürten kam um 1.15 Uhr, und Frau Kürten übergab ihm ein Paket. Dann wurde er verhaftet.

Um die Mordprämie

Verteidiger: Hat er nicht das Geständnis seiner Frau gemacht, um ihr die Belohnung zuzuschlagen?

Mobergt: Ja, das hat er gesagt, aber erst in einer späteren Vernehmung. In der weiteren Vernehmung wird festgestellt, daß Kürten in der Zeit vom Februar 1929 bis März 1930, also in der Zeit seiner Mordperiode, ziemlich regelmäßig bei Schieß-Defries gearbeitet hat. Als Kriminalrat Mobergt die Vernehmung Kürtens im Falle Maria Hahn schildert, fragt der Verteidiger, ob es wahr sei, daß in dem Zimmer, in dem Kürten vernommen wurde, die Schaufel, mit der er Maria Hahn begraben hat, gefunden habe. Kürten sollte diese Schaufel beschreiben.

Mobergt: Es stimmt, daß die Schaufel im gleichen Raum war, aber sie war in einem Verriegelung, und Kürten konnte sie nicht sehen.

Kürtens: Ich lege keinen besonderen Wert auf die Sache mit der Schaufel!

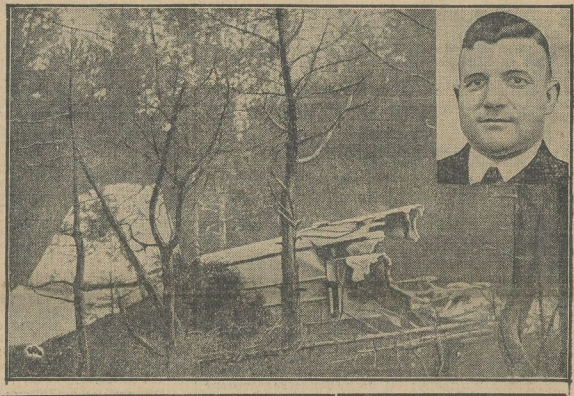
Nach der Mittagspause beginnt die Vernehmung der Zeugen. Zuerst erscheint Frau Kühn, die am 3. Februar 1929 von Kürten durch über 20 Scherenschnitte schwer verletzt wurde. Der 56 Jahre alten Frau sieht man an, daß sie noch heute unter den Folgen des Mordanschlags zu leiden hat. Sie kann aber Kürten als Täter nicht wieder erkennen.

Als nächster Zeuge tritt der Stahlwarenhändler Schwarz vernommen, der die Schere Kürtens, deren Spitze bei dem Ueberfall auf Frau Kühn abgebrochen war, wieder zugeeschliffen hat.

Die nächste Zeugin, Fräulein Wimmer, die ebenfalls einmal in der Dunkelheit des Hellweges von einem Unbekannten überfallen wurde, ist jene Person, die am 14. Februar den von Kürten ermordeten Maschinenisten Rudolf Scher gefunden hat. Im Anschluß daran werden die Zeugen zum Fall Rosa Ohlinger vernommen, die jedoch alle nur unumstößliche Aussagen machen können. Damit wird die Mittwochs-Verhandlung geschlossen.

Absturz eines Verkehrsflugzeuges

Nebenstehendes Bild zeigt die Trümmer des Verkehrsflugzeuges „D 1928“, das mit sieben Reichswehroffizieren an Bord auf dem Wege von Berlin nach Gölitz, unweit von Muskau abgestürzt und verbrannt ist. Hierbei sind der Pilot Schirmer (im Ausschnitt) und der Bordfunker unter dem Leben gekommen, während die Reichswehroffiziere leichter Verletzungen davontrugen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr wir wenigstens, wo das Geld der deutschen Steuerzahler fliehet, nämlich zu kostspieligen „Dienstfahrten“ der Herren Offiziere.



Explosionsunglück auf der Laurahütte

Sechs Arbeiter schwerverletzt
Kettowitz, 15. April. In der Bergwerke der Laurahütte brach am Dienstag beim Verladen von Nüssen eine Nusschlinge in dem Zündbohrloch, wobei ein Teil des flüssigen Metalls herausspritzte. Ein Arbeiter wurde so schwer verbrannt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß. Weitere fünf Arbeiter erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Sagt's weiter...!

Von Prinzipien soll hier mal die Rede sein. Da kam doch vor einigen Tagen Betzner, der Fritz Betzner, Hilfsarbeiter und Abomder der kommunistischen Zeitung mit seinem Aeltesten, dem Ferdinand, in ein Schulgeschäft. /

„Ah, Sie kommen auf unser Inserat, ich — Fräulein Besigheim, schnell schnell, zeigen Sie dem Herrn den inserierten Junglingsschiffel. Fix, fix aber! — Wie meinen Sie, Sie haben das Inserat nicht gelesen? Welche Zeitung lesen Sie denn, wenn man fragen darf?“

„Die kommunistische selbstverständlich.“
„Im, da stand es allerdings nicht... Na ja, verstehen Sie, als Geschäftsman, na ja, Sie wissen doch, da muß man halt politisch neutral sein. — Das ist sozusagen ein Prinzip...“

„So“, knurrte da Vater Betzner und nahm seinen Aeltesten wieder an die Hand: „Da ham Se aber Pech mit Ihrem Prinzip. Denn ich für meine Person hab mir angewöhnt, prinzipiell nur bei Geschäftschancen zu kaufen, die in meiner Zeitung inserieren. Na, nichts für ungut. Vielleicht überschnaroben Se mal Ihr, Ihr — Prinzip...“

Selbstmordversuch des Kapellmeisters Borchardt

Nach einer Meldung aus Garbrücken hat der am Montag wegen fahrlässiger Tötung seiner Freundin Margot Candelier verhaftete Berliner Jazzkapellmeister Erik Borchardt am Mittwochsabend in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch durch Erhängung der Pulsader unternommen. Borchardt wurde dort in Krankenhaus überführt.

Motormühle in Flammen

Am Montag wurde in Aktia in der Mühlen- und Baderbetrieb von Müller & Co. vollständig ein Brand der Mühlen. Der gesamte Gebäudeskomplex wurde eingeschmolzen.

Zum 18. Sozi-Bundestag

Reverje werden nicht unterschrieben!

Um die Opposition auf den Bezirks- und Gaugauen wie auf anderen Versammlungen und Konferenzen auszufallen, geben einige Gaunorfidene Reverje folgenden Inhaltes heraus:

„Erklärung:

Ich verpflichte mich durch meine Unterschrift, die Beschlüsse des Bundeskongresses in Hamburg, des Bundesparteitag und Beirates, der Zentralkommission für Arbeiterpartei und Reichsvereine und des Politischen Ausschusses einzubilden. Das gleiche gilt für die Beschlüsse der Gau- und Bezirksleitungen. Ferner erkenne ich an, daß ausschließliche Bundesmitglieder in Sitzungen und Besprechungen nicht anwesend sein dürfen.“

Diese Reverje dürfen von keinem Mitglied des Arbeiter- und Kraftfahrerbundes unterschrieben werden. Sie stehen mit der politischen Entwicklung ebenso im Gegensatz wie mit der proletarischen Demokratie. Selbst die Klassenorgane müßten sich — wenn auch unwillig — entscheiden, daß diese Reverje unzulässig sind. Alle Beschlüsse, die in Konferenzen und Versammlungen gefaßt werden, zu der nur Mitglieder eingeladen werden, die für die Unterzeichnung der Reverje stimmen, sind unzulässig, erklärte selbst die 11. Zionskammer des Landesgerichtes in Leipzig.

Schlagt die sozialistischen Bundesbürokraten mit portpolitischen und proletarischen Argumenten!

Reichsleitung der Kampfgenossenschaft für rote Sportarbeit.

Erdbeben in Wales

In der Gegend von Portmadoc in der englischen Grafschaft Wales sind am Dienstag mehrere Erdstöße verurteilt worden, die etwa 10 Minuten dauerten und von Lauten begleitet waren. In der Annahme, daß eine in der Nähe liegende Munitionsfabrik in die Luft geflogen sei, flohen die erschreckten Bewohner auf die Straße.

Riesenüberschwemmung in Kowno

Die durch den Eisgang auf der Memel verursachte Ueberflutung hat in Kowno und Umgebung riesige Schäden angerichtet. In Kowno selbst stehen 400 Häuser zum Teil bis zum ersten Stock unter Wasser. Der Sachschaden ist noch nicht zu übersehen.

Ueber 185.000 Opfer des Verkehrs

Nach einer Statistik des englischen Innenministeriums wird bekannt, daß in England im Jahre 1929 bei 156.793 (im Vorjahre 151.801) Verkehrsunfällen 7805 (6896) Personen getötet und 177.995 (170.917) Verletzte verletzt worden sind.

Klassenkampf 1931

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: bei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugs: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Vertriebsstr. 14. Fernruf: 210 45 (HdB.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Einzelheft: 15 Pf. Für den am 5. März und 5. April: 1 Mt. im Viertel. Postamt: Kreisamt des Sozialistischen Kampfbundes Halle; Kommissar: Privat-Bank Halle. Postfach: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Vertriebsstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 16. April 1931

11. Jahrgang Nr. 88

Bauarbeiterstreik geht weiter!

Im ganzen Reich erbitterter Kampf gegen den Lohnraub — Immer neue Streiks brechen aus — Bauarbeiter, bringt die Welle des Lohnraubs zum Stehen! — Kämpft unter Führung der RGD gegen den sozialfaschistischen Verrat!

Halle, den 16. April.

Nach einer amtlichen RGD-Mitteilung stehen in der ganzen Provinz Sachsen und in Anhalt nach wie vor die Bauarbeiter geschlossen im Streik. Immer neue Dörfer kommen hinzu, wo die Bauarbeiter den Kampf aufnehmen, wenn die Unternehmer eine Lohnföhrung durchzuführen wollen. So wird uns aus Eisleben heute berichtet, daß die Firma Köhne den Lohn auf 88 Pfennig ab 11. April herabsetzen wollte. Die Kollegen legten darauf sofort die Arbeit nieder.

Der gemeine Verrat der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer in Berlin hat bisher nur teilweise vermocht, in Berlin den Abbruch des Streiks herbeizuführen. Auf einer großen Anzahl von Baustellen kämpfen die Bauarbeiter gegen die Währungsregelungen weiter. Der Dolchstoß der reformistischen Führer in Berlin wird von den Bauarbeitern als eine absolut faschistische Aktion erkannt. Seit fast sechs Jahren ist die Sabotageaktion der Berliner Bauhelfer von revolutionären Arbeitern seitens der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer Hand in Hand mit den Unternehmern weiter durchgeführt worden.

... machen mit den
... erst recht heißt es,
... aßengewerkl.
... Terrormaßnahmen
... der Substitutions

... noch ungebro
... zu melden. Die
... g. Aus den Mit
... Sengen flüchten

... auszuweichen. Sie
... größte Wadamtzeit

... auf allen Bau
... ste werden die
... stehen bringen,
... dieses Zielos unter
... dem roten Ein
... an, weiterkämpfen!

Roter Sieg bei den Klein-Angestellten!

(Eig. Meldg.) Berlin, 16. April.

Bei den diesjährigen Wahlen zum Angestelltenrat im riesigen Berliner Druckereibetrieb der Firma Weiskopf hatte die oppositionelle Kollegenschaft das erste Mal im Betrieb eine rote Liste aufgestellt. Die Rote Einheitsliste erhielt 794 Stimmen, die NSDAP nur 624 Stimmen. Es sind somit von der Roten Einheitsliste 7, von der NSDAP-Liste 6 Angestelltenräte gewählt worden.

Die Bürokraten des NSD hatten alles versucht, um in diesem Betrieb einen Einheitsbrei zu schaffen und hatten sogar Leute auf ihrer Angestelltenliste, die sonst in der „Morgenpost“ und den übrigen NSD-Veröffentlichungen die Politik Weiskopfs vertreten. Der Ausgang der Wahl zeigt aber, daß die Angestellten der gewöhnlichen Industrie immer früher erkennen, daß sie sich für Massenbewegte Gewerkschaftspolitik entscheiden müssen, wenn sie ihre Interessen wahren wollen.



Riesenprofite für die Kapitalisten — Hungerlöhne für die Arbeiter — Cure Antwo...

Halle, den 16. April.

In der „Berliner Morgenzeitung“ Nr. 171 vom Dienstag, dem 14. April, wird die Bilanz der Weltfä. Anhaltischen Sprengstoffwerke AG, Berlin, zu der auch das große Sprengstoffwerk Wajag in Reinsdorf b. Wittenberg gehört, veröffentlicht.

Der Fabrikationsgewinn ist von 3 803 475 Mark im Jahre 1928 und 4 228 947 Mark im Jahre 1929 auf 4 597 402 Mark im Jahre 1930 gestiegen.

Die Abschreibungen betragen allein 912 000 Mark, während der Reingewinn in diesem Jahre 1 198 973 Mark beträgt. Wie die Verwalter mitteilt, soll auch in diesem Jahre wieder eine Dividende von 12 Prozent wie im Vorjahre verteilt werden.

Diese Bilanz läßt deutlich erkennen, daß das Zusammenbrechen der Wirtschaft über die Kollege und mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Chemie nur ein eulender Bluff ist. Wenn in der Zeit der schärften Krise bei täglichen Zusammenbrüchen und Konkursen industrieller Unternehmen und Banken solche Riesengewinne auszuweisen werden können, dann geht es den Chemiefabrikanten nicht schlecht. Nur müssen diese diese Profite gemacht werden, geht aus einem weiteren

... blieben glücklicher
... weise in Verletzungs- und Explosions- und größeren Un
... fällen verlor. Vorher erfolgte am 18. März d. J. in einer
... Dynamit-Patronenbude der Fabrik Reinsdorf
... beim Auswechseln eines Hülfentopfes eine Explosion, wodurch ein
... alter bewährter Hülfmeister und drei tüchtige langjährige Arbeiter
... getötet wurden."

Aus Dreck und Blut Gold, das ist die Devise der Chemiefabrikanten.

Die Chemiefabrikanten können sich den zum Leben notwendigen Lohn nur im Streik holen. Gutwillig will diese Ausbeuter-gesellschaft keinen Pfennig rausströmen. Da neben dieser Dividende auch der 3. Farbentrakt eine solche Höhe in gleicher Höhe zu verteilen beabsichtigt, müssen die Arbeiter unter Führung der RGD mit aller Kraft alle Maßnahmen zur Vorbereitung des Streiks treffen, um den beschäftigten und schon in einer ganzen Reihe von Chemiebetrieben durchgeführten Lohnraub zu verhindern.

Genjo gilt es am 1. Mai den politischen Massenstreik in der Chemiebetrieben mit ganzer Kraft durch die Matkampfkomitees zu organisieren — ganz gleich, wie die Abstimmungen ausfallen, die die tariffreie Gewerkschaftsbürokratie organisiert.

Rote Tage der RGD

Von Franz Dahle

In allen Betrieben und Stempelstellen Deutschlands steht in diesen Wochen und Monaten die Aufgabe der Durchführung des Sturmplanes der RGD. In der Zeit vom 15. April bis 1. Mai finden 10 000 RGD-Veranstaltungen im ganzen Reich statt, die die Offensive der RGD unter den Arbeitermassen mit neuer Initiative vorantreiben werden.

Mit jähem unbeelegtem Willen gehen die Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten in Betrieb und Stempelstelle dazu über, den Widerstand und die Gegenoffensive gegen den Abbau der Löhne und der Unterfügungen zu organisieren und eine neue starke Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Heute bereits ist es unbefritten — und der Klassenkämpfer muß es zögernd anerkennen — daß nur die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung die Kraft ist, die die Arbeiter in den Kampf für ihre Forderungen führt und immer mehr ihre Herzen und Hirne erobert. Immer größere Massen sehen es mit eigenen Augen, daß an der Spitze der „reinen“ Gewerkschaften eine Hand von Streikbrecherorganisationsfaktoren liegt, die mit den Organen des Klassenstaates und dem Unternehmertum in einer kaum verblühten Verschönerung gegen die Interessen des Proletariats steht.

Es gibt fast keinen Tag, der nicht Beispiele des offenen Streikbruchs von Seiten der Gewerkschaftsführer und von schamigem Demagogentum sozialdemokratischer Betriebsräte gegen ehrliche revolutionäre Arbeiter enthält. Jetzt haben sie den Kampf der Bauarbeiter in Berlin erobert, und hier hat sich der Bauarbeiterbund offen in eine Art faschistischer Unternehmerratschaft verwanandelt. Jetzt bereiten sie sich vor, die Metallarbeiter von Nordwest und die Bergarbeiter ganz Deutschlands auf Grund ge-

Mobilisiert zum Massenstreik am 1. Mai!

Bildet sofort Matkampfkomitees, sapt Betriebsbeschlüsse.

heimlicher Vereinbarungen mit der Regierung durch Streikbruch und bewaffnete Gewalt den Schwerindustriellen ans Messer zu liefern, mit dem fargemollten Ziel, das Lohnniveau der gelamten deutschen Arbeiterklasse um einen Schlag um 30 bis 40 Prozent zu senken. Nicht mind die heimliche Lohnerhöhung der Gewerkschaften, aus deren Hungerpfennigen allein man eine halbe Milliarde Mark durch Kürzung zusammenrauben will, und ein neuer ungeheuerlicher Anschlag auf die fargen Bezüge der Invaliden, Unfall- und Kriegrentner vorbereitet.

Alle demagogischen Wandler, alles Geschwätz der sozialdemokratischen und christlichen Führer ist nicht immer weniger die wertfälligen Massen darüber hinweg, daß sie es in der Sozialdemokratie und im Zentrum mit einem Teil der Front des Klassenfeindes zu tun haben, der besonders hinterhältig und gemein die Interessen der untergebenen Bourgeoisie vertritt und der Schrittmacher und Kumpan des Faschismus ist.

Weshalb die Massen ihre Klassenlage immer schärfer erkennen, weshalb die Taktiken ihnen zeigen, weshalb die Kapitalisten und die Feinde der Arbeiterklasse —, deswegen ist jetzt im historischen Tempo die große Bewegung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein.

Die RGD entwickelt sich zur umfassenden gewerkschaftlichen Einheitsorganisation des deutschen Proletariats, die heute schon hunderttausende Anhänger hat, die in der Vergangenheit zu einer Millionenorganisation werden muß. Es sind erst dreizehn Jahre her, seitdem auf dem 5. Weltkongress der Roten Gewerkschaftsinternationale jene bedeutsamen Beschlüsse über die Herausbildung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland gefasst wurden. Bereits marschiert die RGD an der Spitze von Streiks um Lohn und Brot, die sie selbständig organisiert; sie ist unbefritten die Führerin auf den Stempelstellen und baut jetzt eine mächtige Gewerkschaftsorganisation auf. Die RGD legt ihren Siegeszug in den Betrieben fort, wie das die Betriebsrätewahlen zeigen. Es gibt auf vielen Wegen noch viele Schwächen und Mängel, an manchen Stellen auch noch vorübergehende Rückschläge. Aber die ganze Front geht unaufhaltsam, unhaltbar vorwärts.

Fortschrittliche Organisationen wie die Reichs-Bundschuh werden auf dem Wege der RGD zurückgeführt. In den entscheidenden Industriebetrieben hat die RGD die wichtigsten Gewerkschaften bereits überholt. An strategisch wichtigen Punkten — Betrieben und Industrien — nähern wir uns dem Tage, wo wir die refo-

Deutsche Arbeiter stehen im Kampfe gegen die kapitalistische Hungeroffensive!

Der Vormarsch an der Front des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion. — Darüber sprechen morgen, 20 Uhr, in Halle Fritz Heckert, M. d. R., Berlin, Willy Dolgner, Halle, und zwei soben aus der Sowjetunion zurückgekehrte Hallische Bauarbeiter. Folgt dem Rufe der RGD, Heraus zu den morgigen Massenversammlungen im „Wintergarten“ und im „Gesellschaftshaus“